

# Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 3/2017

[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)



## Ziele für nachhaltige Entwicklung

Was Österreich zur Umsetzung beiträgt und wieso dies auch für ArbeitnehmerInnen wichtig ist.

- Betrieb:** Vorbildlicher Pflanzenschutz
- Leben:** Umweltfreundliche Dämmstoffe
- Politik:** Abstellgleis Bahnliberalisierung
- AK-Studie:** Pkw am Abgasprüfstand



[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

# DAS WUM-OMETER

● ● **HYSTERIE**

Hausbewohner und Fußgeher entlang der Straße können aufatmen. Mathias Müller, VW-Vorstandsvorsitzender, hat bei Stickoxiden seine Lektion gelernt. „Wenn Sie von Messstationen 50 Meter weggehen und da messen, sieht das häufig schon ganz anders aus. Bei dem ganzen Thema sei - gerade in Zeiten des Wahlkampfes - viel Hysterie im Spiel und zu wenig Wissenschaft“. Also dann: Häuser und Gehwege um 50 Meter eingerückt, damit uns VW nicht entrückt! **FG**

● ● **WISENT AM SPIESS**

Das spießt sich richtig: Während die Deutschen die Abholzung des Urwaldes im Białowieża-Nationalpark in Polen aufs Schärfste verurteilen, hat sich ein streng geschütztes Wisent auf den Weg über die deutsche Grenze gemacht. Dort fand der polnische Bulle ein jähes Ende und landete als Mahlzeit am Grill eines brandenburgischen Volksfestes.

Die Polen wiederum können nicht verstehen, dass die Nachbarn den Wald samt - lt. polnischen Berichten - gefährlichen Borkenkäfern schützen wollen und im Gegenzug aber wertvolle Wisente ins Visier nehmen. **EML**

● ● **ERSATZ-ÄRGER** Warum gerade im Herbst (mitten in der Schulzeit und im Pendleralltag) vor allem auf den ÖBB-Strecken zwischen der Steiermark und Wien sowie Wiener Neustadt die Devise „Schienenersatzverkehr“ heißt, bleibt dem Durchschnittsbahnfahrer ein Rätsel. Busfahrten, Wartezeiten, ausgefallene Züge sind bis in den November 2017 an der Tagesordnung. Und für die Studie der Sonder-Fahrpläne braucht man fast einen Studienabschluss. **EML**

● ● **ROSA-GRÜNE SCHNELLBAHN**

Seit der Eröffnung der ersten U-Bahn hat es in Wien fast 40 Jahre gedauert bis im August endlich aus der blauen S-Bahn auf den Plänen vollwertige innerstädtische Schnellverbindungen wurden. Jetzt strahlt die Schnellbahn zwischen Meidling und Floridsdorf in rosa und die S 45 zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt in hellgrün von den U-Bahnplänen. Auch die ÖBB verbessern ihr Leitsystem, damit das Fahrgasträtsel „dieser Zug hält nicht in allen Stationen“ bald der Vergangenheit angehört. **SL**

● ● **TOD DURCH DIESEL** Das IIASA in Laxenburg hat nachgerechnet: Würden alle Diesel-PKWs die Abgasnormen nicht nur in den Testlabors, sondern auch im Alltagsbetrieb einhalten, gäbe es in Europa um 5000 vorzeitige Todesfälle weniger. Allein in Österreich fallen den Abgasbetrieuren von VW und Co. 80 Menschen zum Opfer. Aus dem vermeintlichen Kavaliersdelikt wird also fahrlässige Tötung, aus Nadelstreif möglicherweise Häftlingskleidung. **HH**

„Bei Arbeitszeit brauchen ArbeitnehmerInnen auch Angebote für Zeitsouveränität, Erholung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“



Rudi Kaske  
AK Präsident

**Impressum:**

**Medieninhaber und Herausgeber**  
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien

**E-Mail**

wirtschaft.umwelt@akwien.at

**Telefon**

01/501 65-DW

**Redaktion**

Mag.<sup>a</sup> Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),  
Eva-Maria Leodolter (Redakteurin)  
agentur.leodolter@gmx.at

**Sekretariat**

Krisztina Hubmann,  
Sabrina Pochop (DW 12404)

**Grafisches Konzept**

Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

**Layout & Infografik**

Michael Haderer

**Coverfoto**

pixabay/UN Global Goals

**Druck**

Ferdinand Berger & Söhne

Ges.m.b.H.

Wienerstraße 80

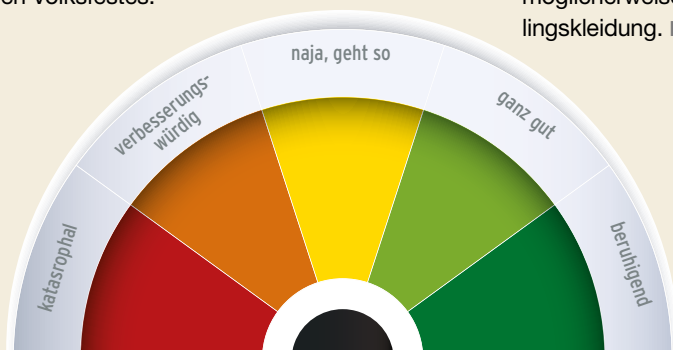
A-3580 Horn

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Das Österreichische Umweltzeichen für Druckerzeugnisse. UZ 24, UW 686 Ferdinand Berger & Söhne GmbH.



## Inhalt

### Schwerpunkt

„Sustainable Development Goals“  
17 Ziele für eine nachhaltige  
Entwicklung. **Seite 10**

### Österreichische Ideen

Wie national mit der Zielsetzung  
umgegangen wird und wo noch  
Bedarf herrscht. **Seite 14**

### Vision Agenda 2030

Konkrete Forderungen zur  
Umsetzung der SDGs  
sind gefragt. **Seite 18**

### Betrieb

### Macht der (Spritz)Mittel

Wie Konzerne die Lebensmittel-  
erzeuger sprich Landwirte  
immer weiter in die Enge treiben.  
**Seite 22**

### Leben

### Dämmen ökologisch

Nachhaltige Dämmstoffe – empfoh-  
len von der Umweltberatung.  
**Seite 26**

### Politik

### Bahn in rot-weiß-rot

Ausschreibungszwang kann im  
Schienenverkehr keine Lösung  
sein. **Seite 28**

### AK-Studie

### Trickkiste

Hersteller-Angaben in der Autoin-  
dustrie werden immer ungenauer -  
die Ergebnisse sprechen Bände.  
**Seite 34**

### Rubriken

Nachrichten	<b>04</b>
Kommentar	<b>05</b>
EU, Europa und die Welt	<b>06</b>
Vor 15 und 30 Jahren	<b>08</b>
Aktuelles Interview	<b>09</b>
Aktion	<b>31</b>
Medien	<b>33</b>



### Editorial

## Gute Ziele reichen nicht

Auf dem Gipfel im September 2015 hat sich die Vollversammlung der UNO dazu verpflichtet, weltweit die Armut zu beenden, sowie Klimawandel und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ist ein „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“. Sie will den Frieden fördern, Ungleichheiten reduzieren und die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen. So steht es zumindest in der Präambel zu dieser Resolution. Dazu einigte man sich auf 17 Ziele, die alle wesentlichen Bereiche einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung umfassen. Alle Staaten sind aufgerufen, diese Ziele im eigenen und gemeinsamen Verantwortungsbereich mit geeigneten Maßnahmen zu verfolgen und müssen darüber auch Rechenschaft ablegen. Positiv daran ist, dass offensichtlich Einigkeit besteht, worin die zentralen Probleme liegen und wohin der Weg gehen sollte. Wie weit wir jedoch noch von den Zielen, die kurz SDGs (Sustainable Development Goals) genannt werden, entfernt sind, beweisen tägliche Schlagzeilen über Kriege, Hungerkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen. Die Macht der Konzerne und das Diktat der Handelsverträge zugunsten der einflussreichsten Staaten geben einen Hinweis darauf, wo die Hemmnisse der Umsetzung liegen. Weltweit versuchen NGOs und Gewerkschaften mit den SDGs ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Sie machen klar, dass Armutsbekämpfung eng mit ausreichend entlohnten Arbeitsplätzen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, breiten sozialen Sicherungssystemen und gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit verbunden ist. Hinsichtlich der klimapolitischen Herausforderungen fordern sie ihre Beteiligung an einem sozial gerechten Umbau der Wirtschafts- und Lebensweise. Das Thema ist sperrig und wenig breitenwirksam, aber es legt den Finger in die Wunde: Angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums und der massiven Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Entwicklungschancen erfordert breiter Wohlstand im 21. Jahrhundert nicht nur Ziele, sondern den Kampf für deren Umsetzung.

**Mag.<sup>a</sup> Sylvia Leodolter**

Chefredakteurin

Leiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien

# Nachrichten

## RISIKOABHÄNGIG

### Gentechnik - EuGH

Italien hatte 2013 ein Verbot des damals noch EU-weit erlaubten Anbaus einer GV-Maispflanze gefordert. Italien argumentierte dieses Verbot mit zwei italienischen Studien, die die Schädlichkeit der Pflanzen für die Umwelt bestätigen würden. Die EU-Kommission lehnte ein Verbot mit der Begründung ab, wonach die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) keinen wissenschaftlichen Beweis für die Gefährlichkeit des GV-Maises sehe. Der EuGH hat nun entschieden, dass EU-Mitgliedsstaaten nur dann den Anbau einer gentechnisch veränderten Pflanze verbieten dürfen, wenn diese tatsächlich ein „ernstes Risiko für Mensch oder Tier oder die Umwelt darstellt“. Das Vorsorgeprinzip, das eine „wissenschaftliche Unsicherheit“ für Risiken voraussetzt, reicht dem Urteil zufolge für Anbauverbote nicht aus. Begrün-

dung: Das Vorsorgeprinzip könne zwar das Ergreifen vorläufiger Risikomanagementmaßnahmen bei Lebensmitteln im Allgemeinen rechtfertigen. Es erlaube aber nicht, die Bestimmungen für genetisch veränderte Lebensmittel beiseite zu lassen, da diese Lebensmittel „bereits einer umfassenden wissenschaftlichen Bewertung unterzogen wurden.“ **SI**

## AUFBEREITUNG

### Abwassernutzung

Die Europäische Kommission möchte im Zuge des Europäischen Kreislaufwirtschaftspakets die Verwendung von behandeltem Abwasser fördern. Die Wasserwiederverwendung birgt mögliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU (JRC, Joint Research Centre) wurde von der EU-Kommission mit der Erstellung eines technischen Berichts zur Wasserwiederverwendung



Mindeststandards für Abwasserbehandlung fehlen.

beauftragt um Grundlagen für einen EU-Regelungsvorschlag für EU-Mindestanforderungen zu erarbeiten. Das Umweltbundesamt Deutschland kritisiert die bisherigen Ergebnisse als zu unkonkret und zu wenig weitreichend, um ein harmonisiertes Vorgehen und ein einheitliches Risikoniveau innerhalb der EU zu etablieren. Qualitätsanforderungen sollten auf einem vorsorgenden, systematischen und umfassenden Risikomanagementsystem aufbauen. Neben Krankheitserregern, Nährstoffen, anorganischen und organischen Schadstoffen sind explizit auch Mikroverunreinigungen, Antibiotikaresistenzen und Desinfektionsnebenprodukte zu berücksichtigen. Viele dieser Stoffe werden in der konventionellen Abwasserbehandlung nicht effizient entfernt. Für eine sichere Nutzung von behandeltem Abwasser sind weitergehender Aufbereitungsschritte erforderlich und müssten in EU-Mindestanforderungen berücksichtigt werden. EU-Mitgliedsstaaten dürfen nicht zur Wiederverwendung von Abwasser verpflichtet werden. **SI**

## 1,3 MIO. UNTERSCHRIFTEN

### Update Glyphosat

Die Europäische BürgerInneninitiative (EBI) „Stopp Glyphosat“ hat mit Anfang September 1,3 Millionen Unterschriften in mehr als 11 europäischen Mitgliedsstaaten gesammelt. Damit wurde die erforderliche Hürde von mindestens einer Million Unterschriften in mindestens 7 EU-Mitgliedsstaaten erfüllt. Die Unterschriften wurden bereits zur Überprüfung an die Behörden übermittelt. Damit sollte die Europäische Kommission diese EBI als erfolgreich bestätigen und muss sich mit ihren Inhalten befassen. Es wird eine Anhörung dazu im Europäischen Parlament geben, bei der auch VertreterInnen der EK dabei sein werden. Die EBI fordert die EK auf, den Mitgliedsstaaten ein Verbot von Glyphosat vorzuschlagen, das Verfahren für die Genehmigung des Pestizids zu reformieren und EU-weit verbindliche Reduktionsziele für den Einsatz von Pestiziden festzulegen mit Blick auf die Erreichung einer pestizidfreien Zukunft. **SI**

## NOCH EINE TASSE?

### FAIRTRADE-Kaffee auf Österreichs Schiene

Die Organisation Südwind Steiermark fordert die ÖBB in ihrer aktuellen Unterschriftenkampagne dazu auf, künftig nur noch FAIRTRADE-Kaffee anzubieten. Ihr Vorbild dabei ist Deutschland. Hier wird seit April 2017 in den Zügen der Deutschen Bahn nur noch FAIRTRADE-zertifizierter Kaffee angeboten. Auch alle anderen Heißgetränke enthalten ausschließlich fair gehandelte Rohstoffe. Es wäre daher konsequent in Österreich denselben Weg hin zu fairen Arbeitsbedingungen zu gehen und als staatlicher Betrieb Vorbildfunktion einzunehmen. Kaffee mit dem Fairtrade-Zeichen garantiert den ProduzentInnen einen fairen Mindestpreis, schließt Zwischenhändler aus und verbietet Kinderarbeit. Die Organisation Fairtrade ist weltweit aktiv und hat in Österreich einen Umsatz von 2,2 Millionen Euro, Haupteinnahmen sind Zahlungen für die Lizenzvergabe. Beim Kaffee stammen rund 70 Prozent des fair gehandelten Kaffees aus biologischem Anbau. **SI**



## PKW

### Neuer Prüfzyklus für bessere Umwelt

Neue Abgas-Anforderungen für die PKW-Industrie sind seit 1. September 2017 in Kraft. Demnach müssen alle Pkw bei der Typenprüfung nach WLTC (Worldwide-harmonized Light vehicle Test Procedure) und RDE (Real Driving Emission) geprüft werden.

Dem WLTC liegen realistischere Annahmen (z.B. höhere Geschwindigkeiten) und weniger „Schlupflöcher“ (z.B. Gewicht) für die Hersteller im Prüflabor zu Grunde. Es ist zu erwarten, dass dadurch um 10 bis 15% mehr CO<sub>2</sub> ausgewiesen wird. Als Korrektiv werden bei RDE die Abgase eines Pkw erstmals auf der Straße kontrolliert. Hier dürfen auch bei widrigen Umständen (z.B. niedrige Außentemperatur) keine Obergrenzen überschritten werden. Relevant ist dies beim Grenzwert von 80 mg/km für Stickoxide (NO<sub>x</sub>), der maximal um den Faktor 2,1 bzw. ab 2020 um 1,5 überschritten werden darf.

Erfreulich: Benziner mit Direkteinspritzung müssen jetzt endlich einen Feinstaub-Partikel-Filter aufweisen. Der „Benziner“

ist jetzt bei Feinstaub wirklich so „sauber“ wie der „schmutzige“ Diesel-Pkw, dem das schon seit 2011 vorgeschrieben wird. **FG**

## MARKTMACHT EXTREM

### EK äußert Bedenken zu Mega-Fusion Monsanto und Bayer

Die Europäische Kommission hat eine eingehende Prüfung eingeleitet, um die geplante Mega-Fusion der Agrar- und Chemiekonzerne Bayer und Monsanto zu prüfen. Die EK sorgt sich, dass dieser Zusammenschluss den Wettbewerb in Bereichen wie Pestizide, Saatgut und Gentechnik beeinträchtigen könnte. Monsanto und Bayer sind bereits jetzt marktführend in diesen Bereichen. Die weltweite Konzentration dieser Branchen wird damit weiter verstärkt. Die EK befürchtet höhere Preise, geringere Qualität, weniger Auswahl und Innovation in diesen bereits sehr konzentrierten Branchen. Das neue zukünftige Unternehmen würde über die größte Palette an Pestiziden und die größten Marktanteile bei Saatgut und Gentechnik verfügen. Da Bayer und Monsanto auch in die Sammlung von Daten

## KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



## Kommentar

### Lasst die Kinder zu mir kommen

**So steht es in großen Lettern über dem Schultor meiner Kinder. Blickt man etwas tiefer, weiß man auch gleich, wie sie in die Schule kommen: mit dem Tretroller.** An die 100 Roller säumen den Eingangsbereich. Für eine Schule mit rund 200 SchülerInnen ist das kein schlechter Schnitt. Die Umwelt- und Verkehrspolitik jubiliert, wenn Kinder selbstständig mit dem Roller, statt begleitet im elterlichen SUV, in die Schule kommen. Nebenbei ist diese Selbstständigkeit ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Kindes.

Viele der Kids werden aber nicht wissen, dass sie damit „mit einem Fuß im Kriminal“ sind. Entweder weil es ihnen ihre Eltern aus pädagogischen Gründen verschwiegen haben, oder weil es die Erziehungsberechtigten selbst nicht wissen. Es ist nämlich verboten, Kinder unter zwölf Jahren unbegleitet auf dem Gehsteig fahren zu lassen. Sie müssen von Erwachsenen eskortiert werden. Der Sinn dieser Regelung ist schwer erkennbar. Lediglich bei Unfällen könnte es Auslegungen zu Lasten der (zu jungen) Kinder geben. Wobei gerade die Bedenken gegenüber dem Kindeswohl oder dem Wohl anderer VerkehrsteilnehmerInnen ausgeräumt werden können; denn in Deutschland und in der Schweiz funktioniert die Rollernutzung durch junge Kinder völlig legal und problemlos. Ebenso funktioniert die Nutzung in Österreich, nur halt illegal. Eigentlich ein gelebter Fall von *lex dubia non obligat* – ein zweifelhaftes Gesetz bindet nicht.

Zu bereinigen wäre die Chose durch eine einfache Änderung in der StVO. Entsprechende Anträge wurden im Parlament eingereicht, nur werden sie seit Jahren vertagt statt umgesetzt. „Lasst die Kinder zu mir kommen und wehret es ihnen nicht“, geht das Bibelzitat übrigens weiter. Quasi als Aufruf an jene, die die Änderung im Sinne der Kinder verhindern, insbesondere an jene Partei für die es neben Traktoren, Gigalintern, schnittigen Pkw und der Himmelfahrt offensichtlich keinen Verkehr geben darf.

**\*DI Gregor Lahounik** ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



### In Belgien wurde eine Änderung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes verabschiedet,

nach der ArbeitnehmerInnen vor reproduktionstoxischen Arbeitsstoffen (Stoffen, die die Fortpflanzung beeinträchtigen) auf die gleiche Weise zu schützen sind wie vor krebserzeugenden und erbgutverändernden Stoffen. In manchen EU-Ländern, darunter in Österreich, sind derartige Vorschriften bereits in Kraft. Auf EU-Ebene setzen sich die Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund EGB dafür ein, dass fortpflanzungsschädigende Stoffe den krebserzeugenden und erbgutverändernden gleichgestellt werden und für diese als CMR-Stoffe bezeichnete Gruppe EU-weit die gleichen, strengen Schutzmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen gelten. Die Gesetzesänderung in Belgien ist ein Schritt, der dieses Ziel unterstreicht.

**China baut die Photovoltaik rasant aus.** In der ersten Hälfte des Jahres 2017 betrug nach Angaben des Nachrichtenportals Euractiv die neu installierte Leistung 24,4 Gigawatt. Damit

steigt die gesamte installierte Kapazität auf 112 GW und erfüllt schon jetzt das Ausbauziel, das in China für 2020 vorgesehen war. China überholt damit auch die EU, die bei etwa 105 GW installierter Leistung hält; die Zuwächse in der EU sind viel verhaltener. Diese Entwicklung veranlasste den europäischen Branchenverband SolarPower Europe, China als leuchtendes Beispiel hinzustellen und zu fordern, dass das EU-Ziel für erneuerbare Energieträger von derzeit 27 Prozent auf 35 Prozent erhöht wird. In China steht schon heute die größte Photovoltaik-Farm der Welt: Sie misst etwa 30 Quadratkilometer.

### Seit etwa einem Jahr werden im Białowieża-Urwald in Polen relativ umfangreiche Schlägerungen durchgeführt.

Bei diesem Naturschutzgebiet an der Grenze zu Weißrussland handelt es sich um eines der letzten verbliebenen Urwaldgebiete in Europa. Es ist als Natura 2000-Gebiet und als Vogelschutzgebiet eingestuft. Nachdem die Schlägerungs-Pläne der polnischen Regierung bekannt geworden waren,

sprach die EU-Kommission eine Warnung aus, da eine nachhaltige Schädigung des einzigartigen Gebiets zu befürchten sei. Da Polen darauf nicht reagierte, rief die Kommission den Gerichtshof an (Rechtssache C-441/17 R), damit dieser die Arbeiten einstweilig untersage, wie es Artikel 279 des Vertrags ermöglicht. Der Gerichtshof entschied außergewöhnlich rasch und sprach Ende Juli ein Verbot der Schlägerungen aus.

**Der Emissionshandel (ETS) der Schweiz und der der EU werden nach sieben Jahren Verhandlungen verschmolzen.** Der Deal hat vor allem symbolische Bedeutung und ist für die EU kaum spürbar: Zu den derzeit im EU ETS erfassten Emissionen von 1800 Millionen Tonnen pro Jahr aus etwa 11000 Anlagen kommen nun etwa 5 Millionen Tonnen aus 54 Anlagen in der Schweiz hinzu. Die Erfahrungen aus den Verhandlungen können aber beim Abschluss eines Vertrags zwischen der EU und Großbritannien hilfreich sein, der wegen des Brexit notwendig wird. **CS**

und Informationen über landwirtschaftliche Betriebe investiert, um die Beratung für die Betriebe zu verbessern, will die EK sich auch diesen Bereich hinsichtlich der Einschränkung des Wettbewerbes genau ansehen. Die EK hat bis zum 8. Jänner 2018 Zeit, diese Prüfung abzuschließen. Bisher wurden seitens der EK wenige Zusammenschlüsse abgelehnt und bei zu hoher Marktkonzentration mit entsprechenden Auflagen genehmigt. **SI**

### WASSER IST WERTVOLL

## Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan tritt in Kraft

Ende August 2017 – mit fast zweijähriger Verspätung – wurde der 2. Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP 2015) vom zuständigen Landwirtschafts- und Umweltministerium veröffentlicht und tritt damit offiziell in Kraft. Ziel ist die Sanierung von beeinträchtigten Fließgewässern sowie des Grundwassers. Bis spätestens 2027 haben alle österreichischen Gewässer einen guten ökologischen Zustand zu erreichen. Bis dahin sind noch über 60 Prozent der Fließgewässer sowie 14 Grundwasserkörper zu sanieren. Für die nächsten Jahre soll für Fischarten wie Nase, Barbe und Huchen der Lebensraum verbessert werden: Fischpassierbarkeit von Querbauwerken und Sanierung von Restwasserstrecken bei Kraftwerken sind vorgeschrieben. Bedauerlicherweise ist im NGP 2015 keinerlei Förderung für die ökologische Sanierung von Fließgewässern vorgesehen. Bei der Verbesserung von mit Nitrat und Pestiziden verunreinigtem Grundwasser wird auf bereits existierende freiwillige Umweltprogramme in der Landwirtschaft verwiesen. Aus Sicht



Fließgewässer in Österreich müssen geschützt werden.

der AK wären verpflichtende Maßnahmen, um den Eintrag von Nitrat und Pestiziden ins Grundwasser zu reduzieren, zielführender. **SI**

#### PKW-MOBILITÄT

### Bald nur mehr E-Autos am Markt?

Derzeit überschlagen sich Autohersteller mit der Ankündigung, bald nur mehr E-Autos auf den Markt zu bringen. Sie reagieren damit auf den schlechten Ruf, der nach den diversen Abgasskandalen den Benzin- und Dieselmotoren anhaftet. Nur mehr Ewiggestrige behaupten, dass Diesel super sei.

Schon Anfang des Jahres hatte Opel in Aussicht gestellt, in Kürze nur mehr E-Autos zu bauen. Nachdem aber kurz darauf die Mutter von Opel, General Motors, die Marke überraschend an den französischen PSA-Konzern verkauft hat, ist die Zukunft dieses Plan ungewiss.

Im Juli kündigte der schwedisch-chinesische Autohersteller Volvo an, dass ab 2019 alle neu eingeführten Modelle einen Elektroantrieb haben werden. Das bedeutet nicht das plötzliche Ende der Verbrennungs-

motoren, da erstens die derzeit produzierten Serien nicht sofort auslaufen und da Volvo zweitens weiterhin Hybrid-Modelle entwickeln will, die neben dem Elektroantrieb auch einen Verbrennungsmotor haben. Dennoch war das mediale Echo sehr stark. Vor Kurzem folgte nun der Chef des Autokonzerns Daimler, Dieter Zetsche, mit der Ankündigung, dass alle Smarts ab 2020 nur mehr elektrisch angetrieben sein werden. **CS**

#### HORMONELL WIRKSAME CHEMIKALIEN

### EU-Rat beschließt EDC-Kriterien

Schon 2009 wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass Pflanzenschutzmittel keine hormonell wirksamen Chemikalien (EDC) enthalten dürfen. Da aber Kriterien fehlten, nach denen Chemikalien als hormonell wirksam einzustufen waren, blieb diese Bestimmung totes Recht. Mit großer Verzögerung legte die Kommission letztes Jahr einen Vorschlag vor, dem der Rat nun seine Zustimmung gab.

Die Reaktion darauf ist geteilt. Manche Industrievertreter sprachen sich gegen diese Kriterien aus, weil sie dazu führen könnten, dass Stoffe verboten würden, die im Normalfall sicher gehandhabt werden könnten. Umwelt-NGOs hingegen halten die Kriterien nicht für ausreichend klar, so dass zu jedem einzelnen Stoff lange politische Diskussionen folgen können, ob er hormonell schädigend wirken kann oder nicht. Darüber hinaus berücksichtigten sie nicht das

Vorsorgeprinzip, da Stoffe erst aufgrund eines unumstößlichen Beweises als EDC gelten, nicht schon, wenn es einen hinreichend begründeten Verdacht gebe.

Im Herbst wird das Parlament über den Vorschlag abstimmen. Nach der Beschlussfassung im Trilog wird erwartet, dass die EDC-Kriterien für Pflanzenschutzmittel auch in andere Rechtsakte übernommen werden. **CS**

#### PILZBEFALL

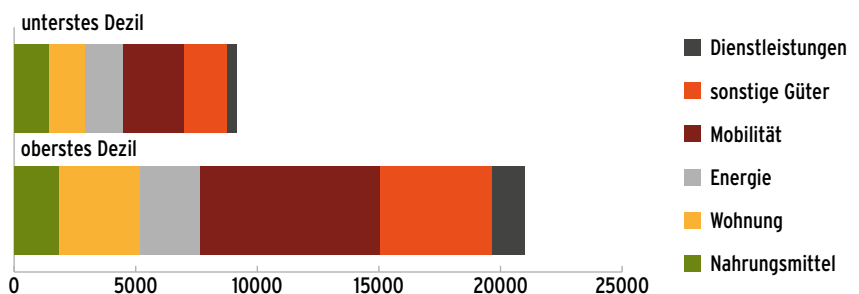
### Gefahr im Batcave

Ein aus Europa eingeschleppter Pilz setzt den Fledermäusen in Nordamerika zu. Das sogenannte Weißnasen-Syndrom ist auf ihn zurückzuführen, diesem sind schon Millionen von Fledermäusen zum Opfer gefallen. Die Fledermäuse werden während der Winterruhe durch den Pilz zu stark geschwächt. Auf den Plan ruft das nicht nur Tierschützer, sondern auch die Landwirtschaft, letztlich vertilgt eine einzige Fledermaus in einer einzigen Nacht über 1.000 Insek-

#### WIRTSCHAFT UND UMWELT GRAFIK-DIENST

### CO<sub>2</sub>-Emissionen österreichischer Haushalte \*)

\*) CO<sub>2</sub>-Äquivalent, nach Einkommen und Konsumkategorien (in kg/Jahr/Haushalt)



Haushalte mit höheren Jahreseinkommen verursachen aufgrund ihres gesteigerten Konsums eindeutig mehr Treibhausgasemissionen als ärmere Haushalte. Die reichsten 10% emittieren jährlich 21 Tonnen CO<sub>2</sub> je Haushalt. Das ist mehr als das Doppelte an Treibhausgasen als bei Haushalten mit den niedrigsten Einkommen. Während beim Nahrungsmittel- und Energiekon-

sum der Unterschied nicht so groß ist, ist er bei Mobilität und Wohnen besonders stark. Hier belasten die reichsten Haushalte das Klima rund um das Dreifache mehr. Im untersten Dezil sind die Verkehrsemissionen für etwa 1/4 der Emissionen verantwortlich, im reichsten Dezil verursacht das Mobilitätsverhalten fast 40% der Treibhausgase. **SL**





VOR 30 JAHREN

### Gewerkschaft und Umwelt

**Wirtschaft und Umwelt 3/1987: Aus Sicht des ÖGB analysiert Werner Muhm die Rolle der der Umweltpolitik für die Gewerkschaften.**

„Die Industriegesellschaft ist lang sorglos mit der Umwelt umgegangen und hat Fehler gemacht. Wenn die Gewerkschaften den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen, darf seine Beziehung zur Natur weder Unterwerfung unter diese noch ihre Zerstörung bedeuten. Es ist daher notwendig, den Umweltschutz glaubwürdig in die traditionellen wirtschaftspolitischen Ziele zu integrieren. Und mehr: ihn als eigenständiges Ziel zu sehen, das nicht dem Beschäftigungsziel automatisch unterzuordnen ist. Warum sind in Österreich die Gewerkschaften in einigen Bereichen in der Defensive? Ein Grund liegt darin, dass es wichtigen Entscheidungsträgern nicht gelungen ist, sozial verträgliche Lösungen anzubieten. Dem Bedürfnis nach Transparenz, Mitgestaltung und Einbeziehung der Betroffenen wurde zu wenig Rechnung getragen. Wir haben daher Schwächen im Konfliktlösungsmechanismus.“

VOR 15 JAHREN

### Chemie im Essen

**Wirtschaft und Umwelt 3/2002: Gesunde Lebensmittel brauchen strenge Kontrollen und eine ökologisch orientierte Agrarpolitik.**

„Die Lebensmittelproduktion ist [...] ein durchtechnisierter Industriezweig geworden. Die Chemie spielt dabei eine zentrale Rolle und stellt ein großes Gefahrenpotenzial für Mensch und Umwelt dar. So führt die Verwendung von Kunstdüngern zu nutzlosem und schädlichem Pflanzenwachstum in Gewässern (Eutrophierung), zur Nitratbelastung von Grundwasser und zum Eintrag von Cadmium in den Boden. Der Einsatz von Pestiziden [...] führt zur Artenverarmung und stellt auch für die Bauern ein gesundheitliches Risiko dar. [...] Die Anwendung von Hormonen in der Tierzucht stellt für den Menschen eine Gefahr dar, sofern sie im Fleisch verbleiben. [...] Aber weil [Lebensmittel] unsere Gesundheit so unmittelbar betreffen, ist es auch legitim, ein hohes Niveau bei der Sicherheit und Kontrolle zu fordern. Wir müssen eben nicht alles schlucken, was uns vorgesetzt wird.“



Ein Pilz gefährdet die Fledermäuse.

ten. Eine Texanische Studie hat für den Baumwollanbau „durchgerechnet“, dass die Schädlingsbekämpfung der Fledermäuse für 1 Acre (0,4 ha) mit 74 US-Dollar (65 €) zu veranschlagen ist. Der Gesamtschaden für die Landwirtschaft durch einen Totalausfall der nächtlichen Jäger auf dem Nordamerikanischen Kontinent wird auf über 3,5 Mrd. US-Dollar (3,1 Mrd. €) geschätzt. Gute Nachrichten also für die Pestizidhersteller. Ein Genpatent auf den Pilz wurde noch nicht angemeldet. **GL**

KLIMASCHUTZBERICHT 2015

### Gelungene Darstellung, düstere Perspektive

Ende August veröffentlichte das Umweltbundesamt den jüngsten Klimaschutzbericht, in dem die österreichischen Treibhausgas-Emissionen und die Trends und Einflussfaktoren bis zum Jahr 2015 analysiert werden. Die leicht rückläufige Entwicklung des Ausstoßes an Treibhausgasen zwischen 2005 und 2014 setzte sich im Jahr 2015 nicht fort; die Emissionen stiegen um 3,2 Prozent. Wesentliche Treiber für diese Entwicklung waren der vermehrte Einsatz fossiler Energieträger in der Stromerzeugung und der steigende Verbrauch von Kraftstoffen. Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) macht mit 84,6 Prozent den Löwenanteil der Emissionen

aus, gefolgt von Methan (8,3 Prozent) und Lachgas (4,5 Prozent). Ziemlich genau zwei Drittel der Treibhausgase stammen aus der Verwendung fossiler Brennstoffe.

Neben der Darstellung der Entwicklung in Österreich zeigt der Bericht, wie sehr wirksame Maßnahmen zur Emissionsreduktion sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene immer dringender notwendig werden und wie die Zeit für die Erreichung der Klimaziele von Paris davonläuft.

Der Bericht kann unter [www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0622.pdf](http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0622.pdf) heruntergeladen werden. **CS**

DIESEL-PKW

### Wird er „jemals“ sauber werden?

Spätestens seit „Dieselgate“ sind die Diesel-Pkw-Abgase im Fokus der Öffentlichkeit. Durch die bisherigen Euro-Abgasnormen konnte der Diesel-Pkw erfolgreich die Problembereiche Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxid und Feinstaubpartikel aus dem Auspuff vermindern. Offen sind Stickoxide (NO<sub>x</sub>), die v.a. im Realbetrieb auf der Straße auch bei den modernsten Pkw anfallen und für Umwelt- und Gesundheitsprobleme (z.B. Grenzwertüberschreitungen und Fahrverbote) sorgen. Daneben gilt der Diesel-Motor als „Wunderwaffe“



im Kampf gegen Klimaerwärmung, weil er verbrauchsärmer als der Benziner ist.

Das Umweltbundesamt hat im Auftrag der AK Wien untersucht, ob die europäischen Diesel-Pkw-Hersteller die erforderlichen Grenzwerte für NO<sub>x</sub> in Europa im Prüflabor und auf der Straße sowie die noch strengeren Vorgaben in den USA jemals erfüllen können. Untersucht werden auch die klimapolitischen Ergebnisse und die Frage, ob es durch Diesel-Pkw zwangsläufig zu Luft-Grenzwertüberschreitungen kommen muss. Antworten auf <http://wien.arbeiterkammer.at/uv-fakten>. **FG**

## KLIMASCHUTZ

### Emissionen der Landnutzung

Neben der Verbrennung fossiler Energieträger spielt auch die Änderung von Landnutzungen, etwa die Umwandlung von Wald in Ackerland, eine Rolle für die Emission von Treibhausgasen. Eine Zunahme der Waldfläche kann auch die Bindung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre bedeuten. Bisher wurden durch Landnutzung und -änderungen (LULUCF abgekürzt) in der EU pro Jahr 350 Millionen Tonnen Treibhausgase gebunden. Ab 2020 sollen die Nettoemissionen auf das EU-Ziel angerechnet werden. Dies gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, einen Teil ihrer Emissionen durch forstwirtschaftliche Maßnahmen zu kompensieren. Am 13. September gab das EU-Parlament grünes Licht. Während Vertreter der Forstwirtschaft die Entscheidung begrüßen, sind Umwelt-NGOs (Stichwort: Nutzung von Wald-Biomasse) mit dem Ergebnis nicht zufrieden, da damit nach ihrer Sicht Schlupflöcher für Emissionen entstehen. **CS**

## INTERVIEW MIT GLOBAL 2000 GESCHÄFTSFÜHRERIN ELEONORE GEWESSLER

### 35 JAHRE GLOBAL 2000

Im September feierte die Umweltorganisation GLOBAL 2000 ihren 35. Geburtstag. Aus einer kleinen Gruppe von AktivistInnen entwickelte sich eine professionelle Organisation mit 75 Mitarbeiterinnen und zahlreichen Freiwilligen. Wir fragten die politische Geschäftsführerin **Eleonore Gewessler** nach bisherigen und zukünftigen Aufgaben für diese österreichische Umwelt-NGO.

#### Wie haben sich in den letzten 35 Jahren die Umweltprobleme und die Arbeitsweise von GLOBAL 2000 geändert? Sind die Zeiten spektakulärer Aktionen vorbei?

GLOBAL 2000 ist 1982 als Initiative von sechs AktivistInnen gestartet und hat gleich mit großen Transparenten auf Kraftwerken von sich reden gemacht. Seit damals hat sich vieles geändert, Stichwort Digitalisierung. Die zunehmende Globalisierung macht die Lösung von Umweltproblemen noch komplexer, der Wille der Politik, aktiv zu werden, ist aber nicht im selben Ausmaß gestiegen. GLOBAL 2000 ist mit den Aufgaben gewachsen, und hat früh entschieden, den Protest mit dem Entwickeln von Lösungen für Politik und Wirtschaft zu begleiten. Vor drei Jahren prangte wieder auf einem Kraftwerk ein GLOBAL 2000 Transparent - und hat mit dazu beigetragen, dass in Österreich Kohlestrom ein Ablaufdatum hat. Aktivismus, in welcher Form auch immer, ist einfach Teil unserer DNA - und es braucht ihn in dieser Gemengelage vielleicht heute dringender denn je.

#### Was sind die größten Erfolge von GLOBAL 2000?

In 35 Jahren konnten wir gemeinsam mit vielen UnterstützerInnen einiges in Österreich bewegen. Der Erfolg des Gentechnikvolksbegehrens 1997, die Aufdeckung des Pestizid-Skandals im Jahr 2002 und das Ende für die EU-Saatgutverordnung im Jahr 2014 sind drei von vielen Highlights, die für Umwelt und KonsumentInnen Positives bewirkt haben. Der Gesetzgeber und der Handel haben auch durch unsere Arbeit ihre Verantwortung wahrgenommen, damit

Vielfalt in der Natur - und auf unseren Tellern - erhalten bleibt.

#### Haben Sie eine Erklärung, warum im ehemaligen Umweltmusterland Österreich beim Klimaschutz so wenig passiert?

Österreich ruht sich beim Klimaschutz auf Lorbeeren der Vergangenheit aus. Es fehlten in den letzten Jahren jegliche mutige Initiativen. Wichtigen Förderprogrammen hat man sogar Geld gekürzt, wie z.B. der thermischen Sanierung. Wir müssen auch in Österreich bis 2050 weg von fossilen Energien, und Wirtschaft und Alltag auf saubere Erneuerbare umstellen. Vergangenheitstechnologien wie Öl, Kohle, Gas, Atom können da nicht mehr mit. Es geht also um ihr kurzfristiges Überleben, wenn die Ölindustrie uns weiter in der Abhängigkeit halten will. Politik wiederum funktioniert in immer kürzeren Zyklen. Leider verlieren im politischen Alltag zu viele AkteurInnen den Blick für die entscheidenden Fragen am Weg in eine öko-faire Zukunft. Da braucht es NGOs als mahnende Stimme.

#### Was wären umweltpolitisch die vordringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung?

Beim Klimaschutz endlich mehr als heiße Luft, nämlich verbindliche Strategien und Maßnahmenpakete beschließen, die uns verlässlich Richtung Klimaneutralität 2050 bringen. Eine Landwirtschaftspolitik, die uns in Österreich und Europa weg von der Abhängigkeit von chemisch-synthetischen Spritzmitteln am Feld bringt. Und ganz generell: mehr Mut, um auch große Zukunftsfragen anzugehen. Dafür gibt es mit Sicherheit Unterstützung in der Bevölkerung.



\***Eleonore Gewessler** ist seit 2014 politische Geschäftsführerin von GLOBAL 2000, wo sie Inhalte und Kampagnen, Nachhaltigkeit und Öffentlichkeitsarbeit verantwortet. Von 2009-2014 war sie Geschäftsführerin der Green European Foundation in Brüssel. Sie ist außerdem in der Mitgliederversammlung der Heinrich Böll Stiftung/Berlin und vertritt GLOBAL 2000 im Europa-Vorstand des Umweltschutznetzwerks Friends of the Earth.

# Transformiert die Agenda 2030 die Welt?

**Am 25. September 2015 einigten sich die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei einem Gipfeltreffen in New York auf ein neues Rahmenwerk für nachhaltige Entwicklung. Damit soll die Welt bis 2030 zu einem besseren Ort für alle werden. VON FLORIAN WUKOVITSCH \***

## Startvorteile

SDGs werden zum politischen Tagesgeschäft in Österreich.

**S. 14**

## Lösungsansätze

Umsetzung der Ziele erfordert übergeordnete Strategien.

**S. 18**

Mit der Agenda 2030, die knapp vor dem 70. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen (UN) im Herbst 2015 verabschiedet wurde, laufen unterschiedliche Stränge der UN-Entwicklungsdiskussion zusammen. Als zwei wesentliche Vorläufer gelten die Millennium Development Goals (MDGs) und die Agenda 21. Schon mit der im Jahr 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 einigten sich über 170 UN-Mitgliedstaaten auf ein Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, das auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden sollte. Realpolitisch haben in den 1990er Jahren freilich die

Rezepte der Bretton-Woods-Institutionen (IWF, Weltbank) mehr Wirkmacht entfaltet. Sie haben die heutige Form der Globalisierung vorangetrieben und damit die Ziele der Vereinten Nationen vielfach unterwandert, ein kohärentes Konzept für nachhaltige Entwicklung schien nicht in Reichweite.

Chronologisch folgen die nunmehr definierten 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 auf die MDGs, die den entwicklungspolitischen Rahmen der UN von 2000-2015 definierten. Die Entwicklung der SDGs stand aber unter grundlegend anderen Vorzeichen. Während die acht



\* **Mag. Florian Wukovitsch** ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



Alles dreht sich um nachhaltige Entwicklung.

MDGs innerhalb weniger Monate von der UN Bürokratie ausgearbeitet wurden, um die politische Dynamik der im Jahr 2000 verabschiedeten UN Millennium Declaration für konkrete Zielsetzungen nutzbar zu machen, sollten die SDGs in einem mehrjährigen Prozess partizipativ erarbeitet werden. Auch die Zivilgesellschaft konnte sich frühzeitig einbringen, nicht zuletzt über die online-Plattform [myworld2015.org](http://myworld2015.org). Durch einen mehrstufigen Arbeitsprozess, der vom Rio+20-Gipfel im Jahr 2012 bis zur Verabschiedung der Agenda 2030 im Jahr 2015 dauerte, wollte der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eine

breite Identifikation mit der neuen Entwicklungsagenda gewährleisten.

Wie die Agenda 21 sind die SDGs darüber hinaus universell gültig. Während die MDGs im Wesentlichen Entwicklungsziele für den globalen Süden festlegten und die hochentwickelten Staaten zur Kooperation aufforderten, wird Entwicklung im 21. Jahrhundert als Prozess gesehen, der alle Gesellschaften vor vielfach ähnliche Herausforderungen stellt. Das Bekenntnis zu einer globalen Agenda spiegelt damit nicht nur die Kritik daran wider, dass die Rolle der hochentwickelten Länder in den MDGs unzureichend abge- →

#### KURZGEFASST

Die Agenda 2030 ist der neue globale Rahmen für nachhaltige Entwicklung. Mit 17 Zielen und 169 Unterzielen möchten die Vereinten Nationen zu ihrem 70-jährigen Bestehen dafür sorgen, dass in den kommenden 15 Jahren auf allen Ebenen politische Maßnahmen für Wohlstandsmehrung und sozialen Fortschritt, Klima- und Umweltschutz sowie Frieden und internationale Zusammenarbeit umgesetzt werden.

#### Zur Vertiefung:

Zur Vertiefung: politische ökologie Nr. 143 (2015), Nachhaltige Entwicklungsziele - Agenda für eine bessere Welt? oekom.



## Schwerpunkt Sustainable Development Goals



Ein weiter Weg zur menschenwürdigen Arbeit.

→ bildet war. Angesichts der Verschiebung der globalen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse in den letzten 20 Jahren und des gestärkten Bewusstseins für die Notwendigkeit eines akkordierten Vorgehens zur Bekämpfung der Klima- und Umweltprobleme stellen sich viele Fragen internationaler Zusammenarbeit in neuem Licht.

Allerdings bieten die SDGs ausreichend Flexibilität, um nationale Besonderheiten zu berücksichtigen und entsprechende Schwerpunkte zu setzen. So sieht beispielsweise Ziel 1 nicht nur die weltweite Beseitigung der absoluten Einkommensarmut vor, auch der Anteil der nach nationaler Definition in Armut lebenden Menschen soll bis 2030 halbiert werden. Darüber hinaus ist die Reduktion von Ungleichheit – international und national – ein eigenes Ziel gewidmet. Dabei werden in Ziel 10 neben der Ausschöpfung gesetzgeberischer Möglichkeiten der Antidiskriminierung auch fiskal-, lohn- und sozialpolitische Maßnahmen zur Förde-

rung einer gleichmäßigeren Verteilung gefordert. Die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz zeigt sich nicht nur an eigenen Zielen wie jenen zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern (Ziel 12) oder zur Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13), sondern auch an der Aufnahme des Nachhaltigkeitskonzepts in den Titel.

### Wunsch Katalog mit echtem Entwicklungspotenzial

Kritische Stimmen bemängeln zwar, dass durch die thematische Breite und die umfassende Beteiligung an der Erstellung der Ziele ein Wunsch Katalog entstanden ist, dessen politische Handhabbarkeit zumindest schwierig scheint. Dem gegenüber wird aber von zuverlässigeren BeobachterInnen darauf hingewiesen, dass die MDGs zumindest in Teilbereichen wie Gesundheit und

Bildung oder der Entwicklungsfinanzierung durchaus Erfolge brachten und die SDGs derzeit die einzige auf internationalem Konsens beruhende Entwicklungsagenda sind, mit der die Zukunft in den zentralen Wohlstandsdimensionen positiv gestaltet werden soll. Das Potenzial ist insofern weniger eine klar umrissene Programmatik zur Verwirklichung der Ziele als ein universeller Rahmen, auf dessen Grundlage die Zivilgesellschaft von den Regierungen Rechenschaft einfordern kann.

Tatsächlich kommt Umsetzungsfragen relativ viel Gewicht zu. Zwar sind konkrete Verpflichtungen – wie finanzielle Zusagen für die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder – vage geblieben. Ziel 17 enthält aber umfassende Forderungen, die neben Fragen der internationalen Zusammenarbeit auch einzelstaatliche Umsetzungsaspekte berücksichtigen. So wird neben der Unterstützung des Kapazitätsaufbaus in Entwicklungsländern und einer ausgewogeneren Gestaltung der Handelspolitik auch die Verbesserung der Politikkohärenz und -koordination zur Förderung nachhaltiger Entwicklung angemahnt, auch auf der Basis alternativer Wohlstandsmaße. Im Einklang mit entsprechenden Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene verdeutlichen also die SDGs, dass angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums und der massiven Un-

### Zentrale AK-Forderungen in den SDGs

- Produktive Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit (Ziel 8)
- Gleichstellung der Geschlechter (Ziel 5), Reduktion der Ungleichheit (Ziel 10)
- Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13)
- Wirksame, zuverlässige und inklusive Institutionen (Ziel 16)

### Unser Standpunkt



**The new Agenda 2030 provides us with a blueprint of how to achieve a better, more just world for all.** (BP Heinz Fischer, 27.09.2015)

gleichheit von Einkommen, Vermögen und individuellen Entwicklungschancen Wohlstand im 21. Jahrhundert keinesfalls mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen ist.

Das letzte Kapitel der Agenda 2030 ist der Kontrolle der Zielerreichung gewidmet. Da gerade Staaten des globalen Südens strenge Rechenschaftspflichten als Eingriff in ihre nationale Souveränität ablehnten, wurde schlussendlich ein eher weicher Überprüfungsrahmen festgelegt. National und subnational soll der Fortschritt im Austausch mit allen wesentlichen Stakeholdern geprüft und regional ein peer-learning-Prozess eingerichtet werden. International erfolgen die Berichte vor dem Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung. Österreich wird dort erstmalig im Jahr 2020 Umsetzungsmaßnahmen und Pläne präsentieren. Erste Erfahrungen mit Länderberichten zeigen aber, dass die begrenzte Präsentationszeit und das breite Zielbündel die Regierungen durchaus dazu verleiten können, die Berichte auf Erfolgsgeschichten zu fokussieren.

Eine entscheidende Frage der Fortschrittskontrolle betrifft daneben weiterhin die Auswahl und Verfügbarkeit von Indikatoren. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung und des Sustainable Development Solutions Network waren 2016 nur 40 Prozent der 231 von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Indikatoren global in regelmäßigen Abständen verfügbar. Das EU-Statistikamt Eurostat hat im gleichen Jahr unter dem Titel „Sustainable Development in the European Union. A statistical glance from the viewpoint of the UN sustainable development goals“ eine erste Bestandsaufnahme zu den SDGs vorgelegt. Dabei konnte auf den von 2005 bis 2015 veröffentlichten Sustainable Development Indicators und

den Indikatoren zu Europa 2020 aufgebaut werden. Eurostat gab dennoch zu bedenken, dass trotz der sehr guten Datenverfügbarkeit in Europa das Berichtswesen zu den SDGs durchaus eine Herausforderung darstellt.

Die Europäische Kommission selbst hat Ende 2016 in der Mitteilung „Next steps for a sustainable European Future. European action for sustainability“ die Position der SDGs in den europäischen Politiken erläutert. Dabei wurden in einem Begleitdokument bestehende Maßnahmen den einzelnen Zielen zugeordnet. Zukünftig sollen die SDGs systematisch in alle Politiken integriert werden und sich auch in den EU-Haushaltsprioritäten nach 2020 widerspiegeln. Auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat – als Sonderorganisation der UN – bereits 2016 einen eigenen Implementation Plan zur Agenda 2030 erstellt, enthält doch Ziel acht entscheidende Elemente ihrer Decent Work Agenda. Decent work wird

darin als wesentlicher Beitrag zur Armutsbekämpfung verstanden.

## **Arbeit muss global menschenwürdig werden**

Von Gewerkschaftsseite versuchen nicht zuletzt die internationalen Dachorganisationen, mit den SDGs ihre Agenda voranzutreiben. Auch sie verdeutlichen, dass Armutsbekämpfung eng mit ausreichend entlohnten Arbeitsplätzen im formellen Sektor, zuverlässigen sozialen Sicherungssystemen und gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit verbunden ist. Hinsichtlich der klimapolitischen Herausforderungen fordern sie ihre Beteiligung an einem sozial gerechten Umbau („just transition“) der Wirtschafts- und Lebensweise. Die SDGs weisen dabei in die richtige Richtung, weil sie systemische Zusammenhänge und globale Interdependenzen aufdecken und damit klarlegen, dass Entwicklungs- und Umweltfragen nur integriert bearbeitet werden können. Dieser Rahmen für eine progressive Transformation der Welt ist nun in politischen Aushandlungsprozessen zu konkretisieren. Der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern kommen dabei entscheidende Rollen zu. □

### PEOPLE-PLANET-PROSPERITY-PEACE-PARTNERSHIP

## DIE WESENTLICHSTEN ZIELE

Bereits die Präambel zur Agenda 2030 benennt die wesentlichsten Ziele der internationalen Staatengemeinschaft für die kommenden Jahre. An vorderster Stelle steht weiterhin die Bekämpfung von (absoluter) Armut; sie gilt als größte globale Herausforderung und unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Als Leitlinien werden anschließend fünf Begriffe eingeführt – People, Planet, Prosperity, Peace und Partnership –, die für eine global nachhaltige Entwicklung unumgänglich sind. Die gemeinsame Vision ist eine Welt

- in der alle Menschen unter anderem Zugang zu sauberem Trinkwasser, nahrhaftem Essen, nachhaltiger Energie, hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherungssystemen haben.

- in der die Menschenrechte und die Würde des Menschen überall geachtet werden und Menschen ihr Potenzial frei entfalten können – und das unabhängig vom Geschlecht oder dem ethnischen und kulturellen Hintergrund.
- in der sozial inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie gute Arbeitsbedingungen in allen Staaten realisiert werden und Konsum- und Produktionsmuster im Einklang mit der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen stehen.
- in der Demokratie, gute Verwaltungsführung und Rechtsstaatlichkeit zur Verwirklichung von sozialem Fortschritt, Umweltschutz und der Bekämpfung von Armut und Hunger beitragen.

# Umsetzung der Agenda 2030 auf Bundesebene

**Mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) verpflichtet, zur gemeinsamen Vision für 2030 beizutragen. Was sind die Fortschritte, Erfahrungen sowie Herausforderungen in der Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich auf Bundesebene?**

VON ATILA KILIC, NORBERT FELDHOFER UND STEPHANIE SMUTNY \*

## KURZGEFASST

17 nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) definieren die Ziele im Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialbereich mit universeller Gültigkeit. Die drei Autoren Norbert Feldhofer (Abteilungsleiter), Atila Kilic (Referent) und Stephanie Smutny (Referentin) der Abteilung Wirtschaft, Umwelt, Energie des Bundeskanzleramtes erklären den „Masterplan“ der Vereinten Nationen und wie dieser in Österreich zur Umsetzung gelangt.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) stellt die gemeinsame globale Vision aller 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dar. Das heißt, dass grundsätzlich alle SDGs für alle Länder gleichrangig gültig sind, jedoch – wie in den ersten veröffentlichten SDGs-Rankings auch zu sehen ist – haben viele Industriestaaten im Vergleich mit weniger entwickelten Ländern einen signifikanten Startvorteil, sowohl hinsichtlich der Zielerreichung als auch des Bestehens funktionierender (Umsetzungs-)Strukturen. Im aktuellen SDG Index liegt Österreich im Ländervergleich mit 157 Staaten auf Rang 7 – knapp hinter Deutschland und vor der Schweiz. Trotz der guten Gesamtbewertung Österreichs besteht laut dem SDG Index 2017 besonderer Handlungsbedarf in Österreich beispielsweise in den Bereichen Gender-Wage-Gap (SDG 5) oder Nachhaltige/r Konsum und Produktion (SDG 12).

Zahlreiche Industriestaaten und Institutionen wie die Europäische Kommissi-

on oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben als Umsetzungsstrategie einen Mainstreaming-Ansatz gewählt, der die SDGs als Querschnittsanliegen in alle für die 17 SDGs bzw. 169 Unterziele relevanten Politikbereiche einbettet.

Die österreichische Bundesregierung hat sich ebenfalls für diese Umsetzungsstrategie entschieden und im Ministerrat am 12. Jänner 2016 alle Bundesministerien mit der kohärenten Umsetzung der Agenda 2030 beauftragt. Durch den Mainstreaming-Ansatz wird ein effizientes, zielorientiertes und eigenverantwortliches Integrieren der SDGs in das „Tagesgeschäft“ der österreichischen Verwaltung und Politik ermöglicht. Die SDGs sind durch die Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich in alle relevanten Strategien zu integrieren bzw. sind gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne und Maßnahmen auszuarbeiten. Die Einbindung aller relevanten Stakeholder erfolgt ebenfalls durch die einzelnen Ministerien. →



\*Mag. Norbert Feldhofer, Mag. Stephanie Smutny und Mag. Atila Kilic vom Bundeskanzleramt schreiben für die „Wirtschaft und Umwelt“ zum Thema SDGs.





Nachhaltige Entwicklung ins politische „Tagesgeschäft“ integrieren.

#### 100 INDIKATOREN

## MESSUNG DES FORTSCHRITTS BEI DER SDG-UMSETZUNG DURCH INDIKATOREN

**Z**ur Überprüfung der Zielerreichung wurde von der UN-Statistikkommission ein Katalog von 231 Indikatoren – mindestens einer, oft aber mehrere Indikatoren pro Unterziel – verabschiedet. Die Indikatoren werden dezentral auf nationaler oder regionaler Ebene erhoben und anschließend von der UN zusammengeführt.

Ein österreichisches Indikatorenset wird von der Statistik Austria basierend auf dem UN-Indikatorenset, das laufend weiterentwickelt wird, erarbeitet und um österreichspezifische Indikatoren ergänzt. Herangezogen wird zum Beispiel das Set „Wie geht’s Österreich?“, das anhand unterschiedlicher Dimensionen den Wohlstand und den Fortschritt Österreichs darstellt.

Das endgültige nationale Set wird voraussichtlich etwa 100 Indikatoren umfassen, wobei sich durch das Disaggregieren der Daten (nach z.B. Geschlecht oder Alter)

eine höhere Zahl von Indikatoren ergeben wird.

Die Entwicklung des nationalen Indikatorensets bringt einige Herausforderungen mit sich. So sind beispielsweise die nationalen Daten auf einem aktuelleren Stand. Auch der engere nationale Fokus sowie die regional unterschiedliche Verfügbarkeit von Indikatoren muss berücksichtigt werden.

Die Veröffentlichung des österreichischen Indikatorensets wird voraussichtlich Ende des Jahres 2017 erfolgen. Es wird auf der Webseite von Statistik Austria unter dem Themenschwerpunkt „Agenda 2030 – Sustainable Development Goals“ abrufbar sein.

### SDG-Arbeitsgruppe auf Bundesebene

Gemeinsame Leitung durch das Bundeskanzleramt (BKA) und das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) unter Einbindung insbesondere der Bundesministerien für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK), Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) sowie weiterer mit der Umsetzung befasster Ressorts.

**Mehr als die Hälfte der Österreicher haben schon von den SDGs gehört – diesen positiven Trend gilt es auszubauen!**

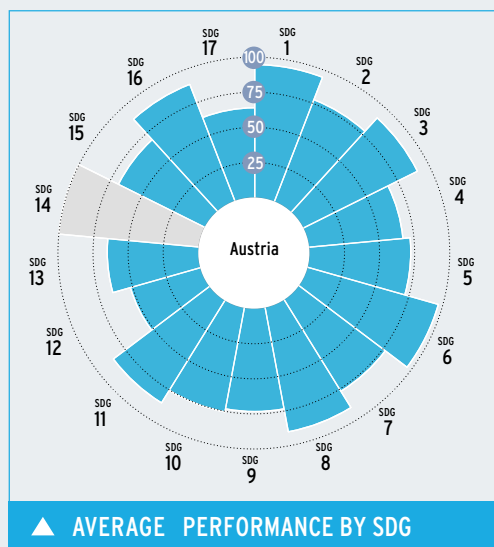
## Schwerpunkt Sustainable Development Goals

### → Wie sieht das konkret aus?

Das SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ etwa fällt in weiten Teilen mit den Arbeitsbereichen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) zusammen. Die ÖROK ist eine Einrichtung zur Koordination von Fragen der Raum- und Regionalentwicklung in Österreich, die von Bund, Ländern, Gemeinden sowie den Sozial- und Wirtschaftspartnern getragen wird. Das ÖROK Leitungsgremium hat daher 2016 den Beschluss gefasst, das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) für die Umsetzung des SDG 11 zu nutzen und im Rahmen der ÖREK-Partnerschaften (thematisch fokussierte Projektarbeitsgruppen) alle Stakeholder einzubinden.

Die mit dem Ministerratsbeschluss etablierte SDG-Arbeitsgruppe auf Bundesebene hat im März 2017 die „Darstellung 2016 – Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda

### Wo Österreich bei der Zielerreichung steht



Rang	Land	Punkte
1	Schweden	85,6
2	Dänemark	84,2
3	Finnland	84,0
4	Norwegen	83,9
5	Tschechische Rep.	81,9
6	Deutschland	81,7
7	Österreich	81,4
8	Schweiz	81,2
9	Slowenien	80,5
10	Frankreich	80,3

QUELLE: SDG INDEX 2017

2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich“ veröffentlicht. Die „Darstellung 2016“ soll den Diskurs mit der interessierten Öffentlichkeit fördern und zugleich als Vorarbeit für die Berichterstattung beim Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen dienen. Nach einem allgemeinen Teil zur Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich liefert die Darstellung eine Übersicht über die nationale Umsetzung auf Bundesebene entlang der SDGs 1 bis 16. Im dritten Kapitel „Österreichs Verantwortung in der Welt – Internationale Dimension“ wird der österreichische Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 auf globaler Ebene (inklusive SDG 17) präsentiert. Die Darstellung

2016 ist eine Online-Publikation, die auf der ressortübergreifenden Informationswebseite [www.sdg.gv.at](http://www.sdg.gv.at) abrufbar ist.

### Statistiken bilden Basis für Umsetzung

Die nächsten Schritte zur SDG-Umsetzung in Österreich sind neben dem Erfassen von Lücken in der Umsetzung auch die Festlegung von Indikatoren, die zur Messung des Fortschritts in der Zielerreichung herangezogen werden. Für Österreich wird derzeit von der Statistik Austria ein Indikatorenset anhand des UN-Sets, das um österreichspezifische Indikatoren ergänzt wird, entwickelt und Ende des Jahres 2017 veröffentlicht werden soll.

Es ist erfreulich, dass die SDGs auch Teilen der breiten Öffentlichkeit bekannt sind, jedoch müssen weitere Schritte gesetzt werden. Der Bekanntheitsgrad der SDGs liegt Österreich gemäß aktueller Eurobarometer-Umfrage im oberen Drittel an vierter Stelle – hinter Finnland, Luxemburg und den Niederlanden. Dabei gaben 6 von 10 ÖsterreicherInnen an, bereits von den SDGs gehört zu haben – fast jeder Fünfte weiß nach eigenen Angaben auch genauer über diese Bescheid. Im Vergleich zum Vorjahr ist das

## WEITERE EXEMPLARISCHE SDG-INITIATIVEN AUF BUNDESEBENE:

- Das BMLFUW veranstaltet jährlich die Aktionstage Nachhaltigkeit. Dieses Jahr wurde bei den Aktionstagen im Mai/Juni besonderes Augenmerk auf die SDGs gelegt.
- Die nächste Leistungsvereinbarung zwischen den Universitäten und dem BMWF (Bereich Wissenschaft und Forschung) für die Periode 2019 – 2021 wird die SDGs ausdrücklich berücksichtigen.
- Die SDGs wurden in den baukulturellen Leitlinien des Bundes vom August 2017, einem Plan zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Planens und Bauens in Österreich, ausdrücklich verankert.
- Das zukünftige Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (2019-2021) wird einen expliziten Fokus auf die Umsetzung der SDGs legen.

öffentliche Bewusstsein für die SDGs in Österreich um etwa 14 Prozentpunkte gestiegen.

## Bewusstseinsbildung ist ausschlaggebend

In diesem Zusammenhang sind die zahlreichen Aktivitäten der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft hervorzuheben. So leistet unter anderem die Zusammenarbeit zahlreicher NGOs im SDG-Bereich einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Bekanntheit und vor allem zur spezifischen Bewusstseinsbildung innerhalb der NGOs, die bisher die Agenda 2030 mit ihren SDGs nicht kannten und daher ihre Rolle in der Umsetzung noch definieren müssen. Auch die Sozialpartner nehmen eine zentrale Rolle ein, wenn es um die Berücksichtigung der Agenda 2030 in der Politikgestaltung geht. Indem sie die SDGs – im Rahmen des Mainstreamings – aktiv in den etablierten Foren und Plattformen einfordern und einbringen, kann ein wesentlicher Beitrag für eine kohärente Umsetzung geleistet werden.

Die erste Phase der Umsetzung in Österreich hat gezeigt, dass die SDGs in den nationalen Politikprozess Eingang finden und zu den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – in ausgewogener Weise beigetragen werden kann. Weitere 13 Jahre liegen vor uns, in denen Österreich aktiv an der Umsetzung der SDGs arbeiten und sich erfolgreich allen Herausforderungen stellen wird, die die Umsetzung der globalen Agenda 2030 mit sich bringt. □

## Die Umsetzung der SDGs sollte ab sofort zum Tagesgeschäft der Politiker und Stakeholder gehören.



### [www.sdg.gv.at](http://www.sdg.gv.at)

Auf der Webseite [www.sdg.gv.at](http://www.sdg.gv.at) finden sich weiterführende Informationen zur Agenda 2030, Links zu allen SDG-Seiten und Details zu den Ansprechpersonen der Bundesministerien sowie einen Veranstaltungskalender über aktuelle Events mit SDG-Bezug.



### 169 UNTERZIELE FÜR ALLE

## BEWUSSTSEINSBILDUNG

Eine der wesentlichen Herausforderungen der bisherigen Umsetzung der Agenda 2030 ist die Bewusstseinsbildung – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Durch die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung, Umwelt, Wirtschaft und Soziales, muss die Agenda 2030 in allen Bereichen verankert und mitgedacht werden. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass zwar die umfassende Agenda 2030 an sich neu ist, viele Ziele jedoch von bestehenden Strategien (beispielsweise EU 2020 Agenda) und Maßnahmen (beispielsweise Beschäftigungsbonus 20.000+) bereits abgedeckt werden.

Ein Beitrag zur Verankerung der SDGs in der Verwaltung wurde ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundeskanzleramt gestartet. Ziel des Projekts ist die Verknüpfung aller bedeutenden Bundesaktivitäten mit den 17 SDGs und 169 Unterzielen. Wie läuft das ab? Die Bundesministerien können im Rahmen der Evaluierungen der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung angeben, welche ihrer Maßnahmen und Einzelvorhaben einen signifikanten Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten. Dadurch sollen SDG-Aktivitäten sichtbar gemacht, ein SDGs-Bewusstsein gefördert und eine wesentliche Vorarbeit für zukünftige Berichtslegungen geleistet werden. In einem weiteren Ausbau könnte diese Erfassung schon ex-ante bei der Planung der Ziele, Maßnahmen und Vorhaben erfolgen. Damit können auch alle geplanten und aktuell laufenden Aktivitäten systematisch in einen Konnex zu den SDGs gestellt werden.

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

Geld kann vieles kaufen.

**GUTE ARGUMENTE  
GEHÖREN ALLEN.**

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW) [facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)

Arbeit&Wirtschaft

Herausgegeben von AK und OGB - [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)



# Hat Österreich eine Vision für 2030?

**Mit dem Beschluss der Agenda 2030 und der SDGs zeigt die internationale Gemeinschaft, dass sie zentrale globale Herausforderungen erkannt hat und dass es gemeinsame, umfassende und ambitionierte Lösungsansätze braucht. Die konkrete Umsetzung stellt die Staaten vor große Herausforderungen. VON JAKOB MUSSIL \***

## KURZGEFASST

Die Umsetzung der SDGs erfordert ein Zusammendenken verschiedener Politikbereiche, sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene. Konkrete Maßnahmen, politische Verantwortung und eine übergeordnete Strategie sind gefragt.

**W**ährend es vielen Menschen heute deutlich besser geht als noch vor wenigen Jahrzehnten, sind Armut, steigende Ungleichheit und die zunehmende Zerstörung des Planeten sowohl in Österreich als auch auf globaler Ebene enorme Herausforderungen. Der derzeitige Kurs, auf dem wir uns als globale Gesellschaft befinden, ist nicht zukunftsfähig. Um diesen Kurs zu korrigieren sind entscheidende Weichenstellungen im Sinne einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit nötig. Über drei Jahre haben alle UN-Mitgliedstaaten diskutiert und verhandelt, welche Herausforderungen es in den kommenden 15 Jahren gemeinsam zu bewältigen gilt, um ein gutes Leben für alle Menschen, einschließlich der zukünftigen Generationen, zu ermöglichen. Die Dringlichkeit wurde scheinbar erkannt, denn im September 2015 beschlossen alle 193 UN-Mitgliedstaaten ein Abschlussdokument mit dem deutlichen Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Darin werden nicht nur die SDGs und ihre Unterziele

aufgelistet, es erklären auch alle Staaten ihre Entschlossenheit, „die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen“. Gleich zu Beginn des beschlossenen Textes heißt es: „Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“. Sie soll den universellen Frieden fördern, Ungleichheiten reduzieren und die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen. Die neue Agenda umfasst eine Vielzahl von Themenbereichen, wobei die meisten davon für sich gesehen nichts Neues sind. Mit den SDGs wurden sie aber nun in einen gemeinsamen, umfassenden und ambitionierten Rahmen gegeben, um die bestehenden Zusammenhänge offenzulegen und die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten, zu verdeutlichen.

Beispielsweise lässt sich der weltweite Hunger nicht bekämpfen, ohne den Klimawandel in den Griff zu bekommen, ebenso muss Armutsbe-



**\*Mag. Jakob Mussil** ist  
entwicklungspolitischer Referent  
beim NGO-Dachverband  
„AG Globale Verantwortung“.



Abfall im Meer hat globale Auswirkungen.

## „ Es existiert ein gemeinsames Problembewusstsein aller Staaten, dass sich auf lokaler und globaler Ebene rasch etwas ändern muss.

kämpfung nachhaltig, und nicht auf Kosten der Umwelt, vorangetrieben werden.

### Ein gemeinsamer Rahmen für alle

Produktions- und Konsummuster in Europa haben oft soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen in weit entfernten Erdteilen. Um Ungleichheiten zu verringern braucht es sowohl Maßnahmen auf lokaler Ebene als auch globale, systemische Reformen, wie etwa im Bereich Steuerpolitik. Jedes der 17 Ziele steht also in einer unmittelbaren Wechselwirkung zu anderen Zielen. Handlungsfelder sind nicht abgegrenzt voneinander zu sehen, sondern Auswirkungen auf weitere Politikbereiche, auf andere Staaten sowie auf zukünftige Generationen sind zu berücksichtigen.

Dies zu bewerkstelligen ist eine enorme Herausforderung für die Politik, die meist von Einzelthemen sowie nationalen und kurzfristigen Interessen geprägt ist. Es ist ein systemischer Ansatz notwendig, um die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Um die Vision der Agenda 2030 zu verwirklichen, müssen Politiker auf allen Ebenen umdenken.

Österreich leistete einen wichtigen Beitrag bei der Erarbeitung der Agenda 2030 und brachte sich sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene in die Verhandlungen ein. Zur UN-Generalversammlung in New York, auf der die Agenda feierlich im September 2015 beschlossen wurde, reisten der Bundespräsident sowie vier MinisterInnen an. Danach war allerdings von der angekündigten „Transformation unserer Welt“ kaum etwas zu bemerken, es wurde weiter „business as usual“ gemacht.

Es gibt keinerlei übergeordnete Strategie, wie die SDGs bis 2030 erreicht werden sollen. Ebenso fehlt Klarheit darüber, welche konkreten, neuen Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen werden. In anderen Staaten, wie etwa in Deutschland, wurden die SDGs zur Chefsache erklärt und eine Strategie auf Basis eines öffentlichen Konsultationsprozesses entwickelt. In Österreich beruft man sich auf ein sogenanntes „Mainstreaming“, indem die Bundesregierung alle Ministerien beauftragt „die Prinzipien der Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele in die relevanten Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen“. Die Politik übergibt damit die volle Verantwortung für die Umsetzung der Ziele an die Verwaltung und möchte sich scheinbar nicht weiter mit der Agenda 2030 befassen. Für mutige, neue Wege und Maßnahmen bräuchte es allerdings politischen Willen und entsprechende Führungsverantwortung. Ohne politische Steuerung besteht zudem die Gefahr, dass Wechselwirkungen und potentielle Zielkonflikte kaum adressiert werden. Sichtbar wird dies beispielsweise in einer im März veröffentlichten „Darstellung“ der Beiträge der Bundesministerien. Hier werden einzelne Maßnahmen zu den jeweiligen SDGs beispielhaft dargestellt, die meisten davon gab es allerdings auch schon vor dem Beschluss der Agenda 2030. Eine strukturierte Vorgehensweise, welche alle Ziele und Unterziele adressiert, gibt es scheinbar nicht. Zur Gesamtumsetzung heißt es bloß, die SDGs werden in „effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung integriert“. →

### Alle Beiträge der Bundesministerien ...

... zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich findet man auf „ <http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=65724>

## Schwerpunkt Sustainable Development Goals

→ Wie eine strukturierte und lückenlose Umsetzung gesichert wird, wer genau wofür zuständig ist, wie man mit Wechselwirkungen umgeht und welche neuen Maßnahmen man in Zukunft setzen wird, bleibt offen. Diese Fragen gilt es aber zu beantworten, um zu zeigen, dass Österreich die Agenda 2030 ernst nimmt.

### Österreichs Politiker in Warteposition?

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich bereits bei den Verhandlungen der Agenda 2030 eingebracht und sich stets für eine Verknüpfung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten eingesetzt. Deutlich wird dies unter anderem dadurch, dass es vermehrte sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen NGOs gibt. Als Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NGOs setz-

te sich die AG Globale Verantwortung schon während der Verhandlungsphase für ein umfassendes Rahmenwerk ein, welches ein menschenwürdiges Leben für alle sichern soll. Die AG Globale Verantwortung ist auch Gründungsmitglied der zivilgesellschaftlichen Plattform „SDG Watch Austria“ welche im September 2017, zum zweiten Jahrestag des SDG-Beschlusses, präsentiert wird. Diese hat es sich zum Ziel gesetzt, die Verwirklichung der SDGs durch Österreich, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, voranzutreiben und zu unterstützen. Bereits im Jänner 2017 forderten 144 NGOs in einem gemeinsamen Brief alle Mitglieder der

Bundesregierung auf, die in der Agenda 2030 enthaltenen Visionen als übergeordneten Leitfaden für politisches Handeln in allen Bereichen österreichischer Politik umzusetzen. Es wurde ein rascher Start der Umsetzung gefordert und konstruktive Vorschläge für weitere Schritte gemacht. Demnach sollte mit einer umfassenden Bestandsaufnahme und Lückenanalyse begonnen werden, um festzustellen, wo Österreich bei den einzelnen Zielen und Unterzielen steht und wo es noch weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Diese Analyse sollte Grundlage für eine übergeordnete Strategie sein, die politische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar regelt. Ebenso wie eine themenübergreifende politische Koordinationsstelle werden Transparenz und Partizipation als Notwendigkeiten erachtet – nicht zuletzt weil diese Punkte zentrale Elemente der Agenda 2030 sind. Bisher wurden die Vorschläge nicht berücksichtigt, es bleibt jedoch die Hoffnung, dass eine neue Regierung das Potenzial der SDGs erkennt, eine positive Zukunftsvision forciert und entsprechend langfristige und zukunftsfähige Politik macht. In Zeiten von steigender Unsicherheit und wachsendem Nationalismus zeigt die neue Agenda einen Weg auf, dass ein menschenwürdiges Leben für alle



Eine aktivere Politik ist gefordert.

#### GLOBALE VERANTWORTUNG

## IN EINEM BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG SCHLUGEN 144 NGOS FOLGENDE SCHRITTE VOR, UM DIE SDGS UMZUSETZEN

- **Hochrangige politische Unterstützung** und klare Zuständigkeiten für die koordinierte Umsetzung der SDGs.
- Umfassende **Bestandsaufnahme** und **Lückenanalyse**.
- Präsentation einer **übergeordneten Strategie** zur Umsetzung der SDGs.
- Strukturierte **Partizipation** aller Stakeholder.
- Transparente **Berichterstattung**.
- **Rascher Start der Umsetzung**, insbesondere in jenen Bereichen, die nicht bereits durch bestehende Prozesse abgedeckt sind.

Globale  
Verantwortung



möglich ist, Globalisierung im Sinne aller Menschen gestaltet werden kann, dass wir gemeinsam einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag verwirklichen können und dass zukünftige Generationen in einem intakten Ökosystem aufwachsen werden. □

**Bis heute gibt es keine Statements von österreichischen SpitzenpolitikerInnen, in denen sie die Verantwortung für die Umsetzung der Ziele übernehmen.**

## UMWELT & VERKEHR - FAKTEN UND POSITIONEN

Der digitale Newsletter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der Wiener Arbeiterkammer bringt zu aktuellen umwelt- und verkehrspolitischen Themen Fakten und Positionen aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen auf den Punkt.



Kostenlose Bestellung und alle Ausgaben unter:  
<http://wien.arbeiterkammer.at/uv-fakten>

Umwelt & Verkehr - Fakten und Positionen erscheint mehrmals jährlich und wird per E-Mail versendet.

INTERVIEW MIT NATIONALRATSABGEORDNETER PETRA „PENNY“ BAYR

## DIE PERSPEKTIVE DES GESETZGEBERS

Als entwicklungspolitische Sprecherin des SP-Klubs im Nationalrat beschäftigt sich **Petra Bayr** mit der Umsetzung der SDGs auf nationaler und internationaler Ebene. Von der österreichischen Regierung wünscht sie sich ein ambitioniertes Vorgehen.

### Wie sind Sie mit den SDGs in Berührung gekommen?

**Bayr:** Ich war als entwicklungspolitische Sprecherin des SP-Klubs im Parlament schon vor 2015 in die Umsetzung der Millennium Development Goals und die entsprechenden UN-Gremien involviert. Durch die große Offenheit des Prozesses zur Entwicklung der SDGs seitens der Vereinten Nationen war ich auch frühzeitig eingebunden.

### Welche Hoffnungen verbinden Sie mit den SDGs?

**Bayr:** Das große Potenzial der SDGs liegt darin, dass die Agenda aus der entwicklungspolitischen Diskussion herausgelöst wird. Auch Industrieländer sind dazu aufgerufen, eigene Problemlagen anzugehen, beispielsweise bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum, bei der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt oder beim Schließen des Gender Pay Gap. Zusätzlich wird der Blick aber auf internationale Solidarität gelenkt, auf die Frage wie man Länder mit weniger Ressourcen unterstützen kann.

### Wie beurteilen Sie den bisherigen Umsetzungsprozess?

**Bayr:** Die Umsetzung in Österreich ist bisher sicher nicht optimal gelaufen. Schon der mit dem Ministerratsbeschluss verfolgte Mainstreamingansatz ist schwer greifbar, im Grunde kann alles und nichts als Beitrag zur Umsetzung der SDGs verstanden werden. Selbst für mich als Parlamentarierin ist schwer zu verfolgen, welche Maßnahmen die Regierung wirklich im Sinne der Umsetzung der

SDGs ergreift. Ich kann nicht sämtliche Aktionspläne, Gesetzesvorhaben etc. auf ihren Beitrag zu den SDGs prüfen. Positiv ist aber hervorzuheben, dass es in Österreich prinzipiell schon viele Initiativen gibt, die im Sinne der SDGs wirken.

### Welche Wünsche haben Sie an die zukünftige Regierung?

**Bayr:** Auf Bundesebene hat zur Einleitung des Umsetzungsprozesses ein zwischen den Ministerien abgestimmtes „Stock Taking“ stattgefunden, dessen Ergebnis allerdings nie publiziert wurde. Das müsste seitens der nächsten Regierung unbedingt nachgeholt werden. Nur auf der Grundlage der identifizierten Lücken können Pläne zur Verbesserung der Zielerreichung erstellt und Verantwortlichkeiten, Ressourcen und Zeitrahmen definiert werden. Darüber hinaus lebt der SDG-Prozess auf UN-Ebene von Beginn an von der umfassenden Einbindung der Zivilgesellschaft. In Österreich wurde das bei der Umsetzung bisher weitgehend ausgeblendet. Auch das Parlament und die Sozialpartner sind in den Prozess nicht systematisch eingebunden, den Kern bildet eine wenig transparente interministerielle Arbeitsgruppe. Zukünftig wäre nicht nur ein offenerer Zugang zum Diskussionsprozess zu gewährleisten; es müsste anstelle von informellen Papieren – wie dem zuletzt veröffentlichten über „Beiträge der Bundesministerien zur Agenda 2030“ – formelle Berichte geben, die dann die Grundlage für die parlamentarische Befassung mit den SDGs in sämtlichen zuständigen Ausschüssen bilden würden.



\***Petra Bayr MA, MLS** ist Mitglied des österreichischen Nationalrats, wo sie seit 15 Jahren Vorsitzende des Unterausschusses für Entwicklungspolitik ist. Sie ist außerdem Mitglied der Ausschüsse für Finanzen, Außenpolitik, Justiz, Menschenrechte, die Volksanwaltschaft sowie Petitionen und BürgerInneninitiativen und ist auch international zu diesen Themen bestens vernetzt.

Glyphosat ist in aller Munde. Über die Frage seiner krebserzeugenden Wirkung ist ein Streit entbrannt und eine EU-Bürgerinitiative fordert das Verbot dieses Pflanzenschutzmittels. In diesem Artikel treten wir einen Schritt zurück und versuchen, die Diskussion in einen größeren Rahmen einzuordnen.

VON CHRISTOPH STREISSLER \*

## Landwirtschaft: Mittel globaler Macht

### KURZGEFASST

Die regelmäßigen öffentlichen Debatten über Pflanzenschutzmittel sind oberflächlicher Ausdruck eines viel tiefer reichenden Problems: Wenige globale Konzerne diktieren mittlerweile die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion und beeinflussen zusehends staatliche Entscheidungen.

Immer wieder entzünden sich an der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln heftige Diskussionen über die Umweltauswirkungen der Landwirtschaft. Vor mehreren Jahren mündete die Kontroverse über Atrazin in einem Verbot, weil es eine unkontrollierbare Gefahr für das Grundwasser darstellt. Vor drei Jahren waren es die Insektenvernichtungsmittel aus der Gruppe der Neonikotinoide und die Schäden an Bienenvölkern, die sie verursachen. Kurz darauf folgte die Kontroverse, ob das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat als krebserzeugender Stoff anzusehen sei und daher in der EU keine Zulassung als Pflanzenschutzmittel mehr bekommen dürfte. Sie dauert mit unverminderter Heftigkeit auch heute an.

Diese Debatten über einzelne Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln sind die Spitze eines Eisbergs. Sie sind Ausdruck des Unbehagens mit einem System der landwirtschaftlichen Produktion, das mit einer immer weiter reichenden Kontrolle

über biologische Vorgänge einhergeht und dabei entstehende Schäden vollständig dem Profit unterordnet. Die Spannung wird noch dadurch verstärkt, dass das öffentliche Bild der Landwirtschaft und die Realität immer weiter auseinander klaffen: Auf der einen Seite ein Bauer in Lederhosen, der mit einem Ferkel Konversation betreibt, oder Obsternte wie anno dazumal; auf der anderen Seite: detaillierte Vorschriften über zugelassene Sorten, Vorgaben des Handels über die Produktqualität, immer weniger Arbeitskräfte bei immer höherem Betriebsmitteleinsatz. Und ein komplexes System von Förderungen der landwirtschaftlichen Produktion, die einen wesentlichen Einkommensbestandteil darstellen.

Die Landwirtschaft ist wohl derjenige Sektor, der sich im Verlauf der industriellen Revolution am stärksten veränderte. Das zeigt sich am deutlichsten an der Zahl der Arbeitsplätze: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in

Deutschland 62 Prozent; heute liegt er bei 1,5 Prozent.

### Arbeitserleichterung durch Pflanzenschutzmittel

Eine Vielzahl von Faktoren ermöglichte diese tiefgreifenden Veränderungen. An erster Stelle ist der Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen zu nennen, die menschliche und tierische Muskelkraft durch fossile Brennstoffe ersetzen. Daneben spielt die Steigerung der Flächenerträge eine wichtige Rolle. Der Arbeitseinsatz ist in erster Linie proportional zur bearbeiteten Fläche. Daher führt ein höherer Ertrag pro Fläche zu einer Verringerung des Arbeitseinsatzes bezogen auf die Menge des landwirtschaftlichen Produkts. Die teils beachtlichen Ertragssteigerungen der letzten Jahrzehnte sind auf die modernen Betriebsmittel im Pflanzenbau zurückzuführen: Düngemittel, Saatgut und Pflanzenschutzmittel.

Pflanzenschutzmittel – auch als Pestizide bezeichnet – erfül-



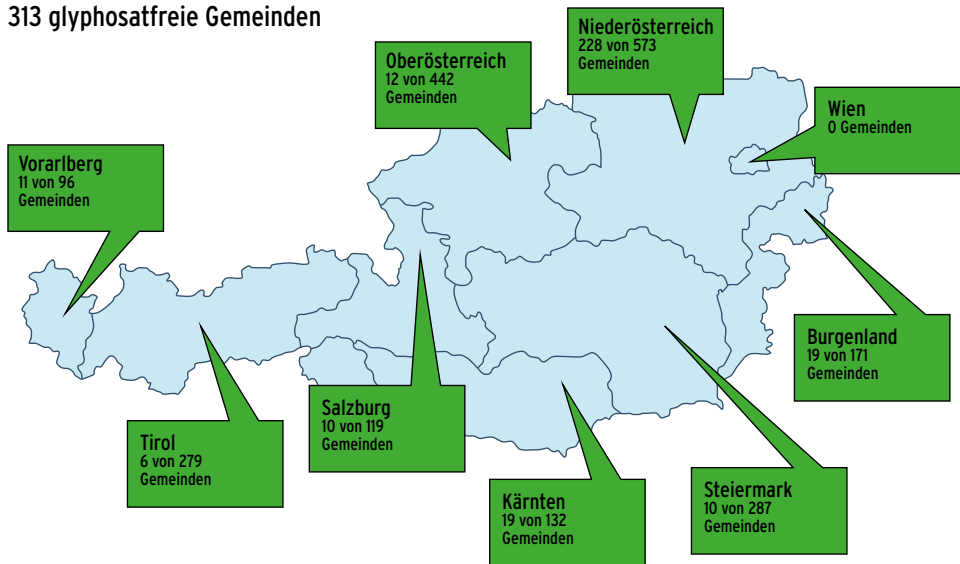
\*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

### Futter-Soja zu 80 Prozent genetisch verändert

In Österreich werden zwar keine genetisch veränderten Pflanzen angebaut, doch werden sie importiert. So stammen nach Angaben der AGES etwa 80 Prozent des als Futtermittel importierten Soja aus GVO-Anbau.

## 313 glyphosatfreie Gemeinden

QUELLE: GREENPEACE/KOMMUNALNET.AT



Glyphosat-Greenpeace.at und Kommunalnet.at informieren, welche Gemeinden bereits auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet.

## WELTWEIT WIRD MIT PESTIZIDEN JÄHRLICH EIN UMSATZ VON RUND 50 MILLIARDEN EURO ERZIELT.

len dabei vielfältige Funktionen. Die ältesten Wirkstoffe gehören zu den Insektiziden. Sie dienen der Abwehr von Insekten, die sich von der Pflanze ernähren wollen, aber auch dem Schutz der Produkte nach der Ernte. Die eingangs genannten Neonicotinoide gehören zu dieser Gruppe.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden zwei weitere Wirkstoffgruppen immer wichtiger: die Herbizide und die Fungizide. Fungizide dienen der Bekämpfung von Pilzen, die besonders im Gemüse- und Obstbau Schäden verursachen können. Herbizide sind Unkrautbekämpfungsmittel, die zunächst einmal dazu dienen, unerwünschte Konkurrenz am Acker auszuschalten. Atrazin und Glyphosat gehören zu dieser Gruppe. Mittlerweile ist ihr Einsatzspektrum bedeu-

tend weiter und nicht auf die Landwirtschaft beschränkt: Sie dienen dazu, unerwünschte Pflanzen abzutöten, etwa auf Bahndämmen oder auf Straßen. In der Landwirtschaft werden sie auch dazu eingesetzt, bestimmte Pflanzen zu behandeln, um die Ernte zu erleichtern. So lässt sich etwa Baumwolle viel leichter maschinell ernten, wenn das Laub der Pflanze vertrocknet ist – einige Herbizide dienen auch diesem Zweck.

In Österreich veröffentlicht die Statistik Austria jährlich die „Landwirtschaftliche Gesamtrechnung“. Dort werden unter anderem die Vorleistungen der Landwirtschaft aufgeführt, also die Produkte und Dienstleistungen, die Landwirte zukaufen, um damit pflanzliche und tierische Produkte zu erzeugen. Die österreichischen Bauern gaben in den letzten Jahren

regelmäßig rund 150 Millionen Euro für Pflanzenschutzmittel aus, 2016 waren es 128 Millionen Euro.

### Ein Gespinn: GVO und Pflanzenschutzmittel

Weltweit wird mit Pestiziden jährlich ein Umsatz von rund 50 Milliarden Euro erzielt, knapp die Hälfte davon mit Herbiziden.

Vor allem außerhalb der EU ist der Einsatz von bestimmten Herbiziden beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen von Bedeutung. Gelingt es, eine Nutzpflanze widerstandsfähig gegenüber einem Unkrautvernichtungsmittel zu machen, so vereinfacht dies den Einsatz dieses Mittel gegen die „Unkräuter“, da es ja die Nutzpflanzen nicht schädigt. Diese Widerstandsfähigkeit kann mit herkömmlichen Züchtungsmethoden erzeugt werden oder – heute der gängige Weg – mit gentechnischen Methoden.

In den USA sind nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums mittlerweile 94 Prozent der angebaute Sojabohnen, 91 Prozent der Baumwolle und 89 Prozent des Mais genetisch verändert. In den meisten Fällen sind diese GVO-Pflanzen sowohl gegen Insekten widerstandsfähig als auch herbizidresistent gemacht.

Die genetische Veränderung zum Schutz vor Insekten bewirkte einen Rückgang beim Einsatz von Insektiziden. Die Herbizidresistenz hat den →

### ZU EINFACHER ZUGANG

## MÖGLICHE VERBOTE

Die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern treibt im Bereich der Pflanzenschutzmittel sonderbare Blüten. Während die Erlassung von Vorschriften über die Zulassung und den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln Bundessache ist, regeln die Länder die Verwendung. Das hat etwa zur Folge, dass in Wien Pflanzenschutzmittel im Baumarkt gekauft werden dürfen, die aber – außer von Professionisten – von niemandem verwendet werden dürfen.

Den Bundesländern steht es frei, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln beispielsweise in Bereichen zu verbieten, wo andere Verfahren zur Verfügung stehen. Im Schrebergarten etwa haben Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat nichts verloren.

### Kein Pestizid mehr in Städten

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) ist eine weltweit agierende NGO gegen Pestizide ([www.pan-europe.info](http://www.pan-europe.info)). Eine ihrer laufenden Kampagnen widmet sich der Frage, wie Städte zu pestizidfreien Zonen werden können.



→ umgekehrten Effekt: Die verwendete Menge an Herbiziden steigt. Es versteht sich, dass dasjenige Herbizid vermehrt verwendet wird, gegen das die Nutzpflanzen resistent sind. In den allermeisten Fällen handelt es sich um Glyphosat. Sowohl Glyphosat als auch das glyphosatresistente Saatgut stammt vom US-Unternehmen Monsanto.

Nun wehrt sich Monsanto gegen das mögliche Verbot von Glyphosat. Auf den ersten Blick verwundert dies, weil die Patente für Glyphosat mittlerweile ausgelaufen sind und das Unternehmen mit einem Ersatzprodukt vielleicht viel mehr verdienen könnte. Doch gleich wird klar: es geht um das GVO-Saatgut, das ohne Glyphosat wertlos ist. Die aufrechten Patente für das Saatgut sichern die einzigartige Position Monsanto auf diesem Markt und tragen zum Umsatz von 13,5 Milliarden US-Dollar (2016) bei.

### Immer weniger immer größere Unternehmen

Wie in vielen High-Tech-Branchen zeigt sich auch bei Pflanzenschutzmitteln und GVO-Saatgut eine Tendenz zur Konzentration: Der deutsche Chemieriese Bayer ist dabei, Monsanto zu kaufen (siehe auch Kurzmeldung „Update Glyphosat“ auf Seite 4). Nach der kürzlich stattgefundenen Fusion von Dow und DuPont und dem Verkauf von Syngenta an ChemChina schrumpft die Zahl der großen Player am



### Jährlich geben Österreichs Bauern rund 150 Millionen Euro für Pflanzenschutzmittel aus.

Markt weiter. Für die Landwirte bedeutet dies eine immer größere Abhängigkeit von immer weniger Herstellern.

Doch auch für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hat dies Konsequenzen. Die Frage, ob Glyphosat krebserzeugend ist, kann praktisch nicht mehr neutral diskutiert werden. In einer detaillierten Untersuchung zeigt eine Studie von Global 2000, auf welcher vielfältigen Weise Monsanto wissenschaftliche

Studien finanzierte und veranlasste, die zum Schluss kommen, dass Glyphosat sicher ist. Viele als neutral geltende WissenschaftlerInnen arbeiten an der Beurteilung von Glyphosat mit, aber stehen oder standen in Verbindung zu Monsanto.

Auch an Universitäten kommt die Unabhängigkeit der Forschung immer mehr in Bedrängnis, weil bereitwillig der Forschungsfinanzierung durch Drittmittel – und das heißt: Geld

der Industrie – Tür und Tor geöffnet wird. Bald hat der Staat schlicht nicht mehr die Mittel, um auf unabhängige Weise zu beurteilen, ob ein Pflanzenschutzmittel sicher ist. Das Problem der zunehmenden Macht einzelner Unternehmen – gleich, ob es sich um Microsoft, Google oder eben Bayer-Monsanto handelt – ist nicht so sehr der übermäßige Gewinn, den diese als Monopolisten erzielen. Es ist die Umkehrung der Machtver-

### PFLICHTÜBUNGEN

## REGELWERK DER EU - KEINE KLARE RICHTUNG

Auf EU-Ebene wurde 2009 das alte System der mitgliedstaatlichen Zulassung von Pflanzenschutzmitteln durch ein stärker zentralisiertes System ersetzt (Verordnung (EG) Nr. 1107/2009). Gleichzeitig wurde die Richtlinie 2009/128/EG über einen „Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden“ erlassen. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Aktionspläne zu erarbeiten, die Ziele und Zeitpläne für die Verringerung der Risiken von Pflanzenschutzmitteln enthalten sollen, um – wie es heißt – „die Abhängigkeit von der Verwendung von Pestiziden zu verringern.“ Weiters werden

die Mitgliedstaaten zu Maßnahmen der Bewusstseinsbildung und der vermehrten integrierten Schädlingsbekämpfung verpflichtet. Doch die Berichte der Mitgliedstaaten verkommen vielfach zu Pflichtübungen ohne strategischen Charakter. 2009 wurde auch eine Verordnung über Statistiken zu Pestiziden erlassen (Nr. 1185/2009). Mittlerweile hat Eurostat Daten für die Jahre 2011 bis 2014 veröffentlicht. An ihnen lässt sich keine Verringerung der in der EU verwendeten Pestizidmengen erkennen. EU-weit sind die gesamten Mengen von 2011 bis 2014 um etwa 4 Prozent gestiegen.





hältnisse: Nicht mehr der Staat kontrolliert die Unternehmen, sondern die Unternehmen den Staat. Das kann für die Interessen der Allgemeinheit nicht gut ausgehen. □

**Immer weiter klaffen die öffentliche Wahrnehmung einer bäuerlichen Idylle und die von Sachzwängen geprägte landwirtschaftliche Realität auseinander.**

#### Kritik an Studien-Forschern

Helmut Burtscher et al (Global 2000): „Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft“: [www.global2000.at/sites/global/files/Glyphosat\\_Gekaufte\\_Wissenschaft-D.pdf](http://www.global2000.at/sites/global/files/Glyphosat_Gekaufte_Wissenschaft-D.pdf).



**Mit biologischen Mitteln Pflanzen schützen – z.B. bei Bellaflora.**

#### VORBILDFUNKTION

## BETRIEBE, DIE FREIWILLIG AUF PESTIZIDREDUKTION SETZEN

Das Thema Pestizidreduktion ist in Österreich seit einigen Jahren auch für manche Betriebe relevant. Mit freiwilligen Programmen verfolgen sie das Ziel, den Pestizideinsatz in der Produktion und die Pestizidbelastung insgesamt zu verringern. Ihr Partner ist die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000. Diese Initiativen sind sehr begrüßenswert für die Umwelt und die Gesundheit. Dies bedeutet aber nicht, dass in der konventionellen Produktion alle Produkte hoch belastet sein müssen, da Pestizidbelastung von vielen Faktoren abhängt.

Die Gartenfachmarktkette Bellaflora, die rund 500 MitarbeiterInnen beschäftigt, hat in den letzten Jahren sämtliche chemisch-synthetischen Pestizide aus ihren Regalen genommen und durch natürlich-biologische Produkte ersetzt. Gerade bei der konventionellen Produktion von Zierpflanzen werden regelmäßig Pestizide eingesetzt, weshalb auf Pflanzen auch Rückstände nachgewiesen werden. Im März dieses Jahres wurde daher ein Konzept für die Pestizidreduktion bei Zierpflanzen vorgestellt, das gemeinsam mit der Umweltschutzorgani-

sation entwickelt wurde. Pestizide, die besonders gefährlich für den Menschen und die Umwelt sind, sollen in der Produktion nicht mehr eingesetzt werden. Dies bringt auch stärkeren Schutz für ArbeiterInnen und FloristInnen, die täglich mit diesen Pflanzen in Berührung kommen.

Für das Pestizidreduktionsprogramm (PRP) von GLOBAL 2000 mit REWE (Billa, Merkur, Penny) wurden eigene, geringere Grenzwerte für die Obst- und Gemüseproduktion festgelegt, deren Basis gesundheitlichen Kriterien bilden. Wöchentlich wird das Obst- und Gemüsesortiment dieser Supermarktkette stichprobenartig auf bis zu 500 verschiedene Pestizidwirkstoffe in akkreditierten Labors untersucht. Die dabei erfassten Daten werden jährlich in einem Bericht veröffentlicht. Langfristig werden damit weniger Pestizide in der konventionellen Obst- und Gemüseproduktion eingesetzt und Rückstände verringert.

Auf der Homepage von Global 2000 kann man alles zum Programm nachlesen - siehe: <https://www.global2000.at/themen/pestizidreduktionsprogramm> **SI**

„Brandkatastrophe in London: Wie gefährlich ist Dämmung an Hauswänden?“, so oder so ähnlich lauteten viele Schlagzeilen im Sommer zum Hochhausbrand in London. Sind Dämmstoffe wirklich gefährlich? Nein, auf die richtige Materialkombination kommt's an, meint „die umweltberatung“. VON ALEXANDRA BAUER\*

## Wärmedämmung - Fluch oder Segen?

### KURZGEFASST

Wärmedämmung ist im Hinblick auf Energie-sparen und Klimaschutz unerlässlich. Der richtige Mix von Baumaterialien minimiert die Brand-gefahr und muss den strengen Brandschutzbestimmungen entsprechen. Für Einfamilienhäuser sind Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen die umwelt-schonendste Lösung.

**E**reignisse wie der Brand eines Hochhauses in London sind erschütternd - das steht außer Zweifel! Sie sollten aber nicht zur Folge haben, dass wir wieder einen Schritt zurück machen und die Notwendigkeit von Wärmedämmung in Frage stellen. Viel wichtiger ist es, diese Katastrophe als Anlass zu nehmen, Bauvorschriften zu adaptieren und strengere gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit solche Vorfälle der Vergangenheit angehören.

### Wozu dämmen?

Über die Hälfte des Energieverbrauchs österreichischer Haushalte fließt in die Heizung. Energieeffiziente Gebäude brauchen weniger Heizenergie. Das schafft mehr Unabhängigkeit gegenüber schwankenden Energiepreisen und reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Eine Sanierung kann die Heizkosten um bis

zu 80 % reduzieren, wenn zum Beispiel Außenwände, Dach und Kellerdecke gedämmt, die Heizung erneuert und die Fenster getauscht werden. Das steigert die Behaglichkeit UND den Wert der Immobilie.

### Wäre eine Katastrophe wie in London in Österreich möglich?

Ein solche Brandkatastrophe ist in Österreich sehr unwahrscheinlich, denn es gelten sehr strenge Brandschutzvorschriften – und das ist gut so. Bauprodukte und -arten können nach ihrem Brandverhalten klassifiziert werden. Hierfür gibt es ein auf europäischer Ebene einheitlich geregeltes Prüfverfahren (EN 13501-1). Dabei werden die Bauprodukte unter Berücksichtigung ihrer praktischen Anwendung betrachtet. Aus diesem Grund sind Produktkennzeichnungen

bzw. Klassifizierungen von Einzelkomponenten und Systemen zu unterscheiden. So haben z.B. die Dämmmaterialien Hanf oder EPS (Styropor), allein betrachtet, die Brandverhaltensklasse D bzw. E. In einem Wärmedämmverbundsystem (WDVS), also zusammen mit allen Schichten, die an der Hauswand angebracht werden, erreichen sie jedoch eine bessere Klassifizierung. Denn die äußere Putzschicht ist maßgeblich für das Brandverhalten. Die österreichischen Brandschutzbestimmungen legen die Anforderungen an das Brandverhalten des Materials (Brandverhaltensklassen A bis E) in Abhängigkeit zu den Gebäudeklassen (GK1 bis 5) fest. In der Praxis sieht es so aus, dass nachwachsende Rohstoffe in den Gebäudeklassen 4 und 5, also im mehrgeschossigen Wohnbau mit mehr als



**DIE DÄMMSTOFF-KLASSIFIZIERUNG IST VOM BINDEMITEIL UND DER KOMPAKTHEIT DES BAUSTOFFES ABHÄNGIG.**



\*D<sup>in</sup> Alexandra Bauer  
„die umweltberatung“  
Fachbereich Bauen / Wohnen  
/ Energie



### Beratung gibt es hier

Firmenunabhängige Beratung bekommen Sie in Wien bei „die umweltberatung“, [www.umweltberatung.at](http://www.umweltberatung.at), in den Bundesländern bei den Landes-Energieagenturen: [www.e-control.at/industrie/service-beratung/energieberater](http://www.e-control.at/industrie/service-beratung/energieberater)



**Unterschiedliche Dämmstoffe gibt es auch beim ökologischen Bauen.**

vier oberirdischen Geschoßen, nicht zur Anwendung kommen. Einzig Hanf schafft es als Wärmedämmverbundsystem bis zur Gebäudeklasse 4 und ist damit auch für den städtischen Raum eine interessante Alternative. Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen kommen vor allem bei Neubau oder Sanierung von Einfamilienhäusern zum Einsatz.

**Womit dämmen?**

Aus ökologischer Sicht sind für die Dämmung von Einfamilienhäusern regional verfügbare Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen besonders empfehlenswert. Dazu gehören zum Beispiel Schafwolle, Stroh oder Zellulose, die mit relativ wenig Energieaufwand hergestellt werden. Aber auch wenn Dämmstoffe zum Einsatz kommen, für deren Herstellung und Transport mehr Energie notwendig ist, gleicht sich das durch die eingesparte Heizenergie nach einigen Jahren wieder aus. Beim ökologischen Bauen stehen die Wechselbeziehungen

des Menschen zu seiner Umwelt im Vordergrund. Die Gebäude sollen sich nach Möglichkeit in natürliche Stoffkreisläufe eingliedern, um künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Ein wesentlicher Aspekt des ökologischen Bauens ist die Sen-

kung des Energieverbrauchs. Ob Neubau oder Sanierung – die richtige Wärmedämmung bringt Energie- und Kosteneinsparungen, steigert den Wert der Immobilie, verbessert das Wohlbefinden, schützt vor Bauschäden und trägt zum Umweltschutz bei. □



**LEITFADEN**

**BEI DER AUSWAHL DES DÄMMSTOFFES SIND FOLGENDE KRITERIEN AUSSCHLAGGEBEND:**

<b>Technische Kriterien</b>	Wärmeleitfähigkeit $\lambda$ → notwendige Materialstärke Wasserdampfdiffusionswiderstand $\mu$ mögliche Einsatzbereich Brandverhaltensklasse
<b>Ökonomische Kriterien</b>	Materialstärke Materialpreis Verarbeitbarkeit
<b>Gesundheitliche Kriterien</b>	Raumklima und Behaglichkeit Schimmelvermeidung Ausgasung von Innenraumschadstoffen
<b>Ökologische Kriterien</b>	Verfügbarkeit der Rohstoffe Energiebedarf und Umweltbelastung bei der Herstellung Transportaufwand Entsorgung, Recycling



Österreichs Bahnen sind Europameister. Bei uns wird am meisten Bahn gefahren, die KundInnen sind zufrieden und die Tickets sind leistbar. Statt dieses Erfolgsmodell zu schützen, zu exportieren und zu fördern, soll es durch Ausschreibungszwang zu Lasten von über 600.000 täglichen Fahrgästen zerstört werden. **VON GREGOR LAHOUNIK\***

## Endstation Ausschreibungszwang

### KURZGEFASST

Österreich fährt gut, sicher und günstig auf der Schiene. Dazu tragen die zahlreichen nationalen Bahnen und das System der Direktvergabe bei. Eine Änderung dieses Vorzeigemodells hin zu Ausschreibungen ist nur ideologisch nachvollziehbar aber nicht durch Fakten belegbar.

Im Schienenverkehr gibt es viel öffentliches Geld zu holen. Leistbare und gute Bahnverbindungen werden nämlich öffentlich gestützt um die kostengünstige und bequeme Mobilität aller zu gewährleisten. Funktionierende Bahnen sind letztlich die beste Antwort auf Dauerstau, exorbitanten Flächenverbrauch der Pkw und Umweltprobleme. Der Verkehrsträger Schiene wird

aber weitaus geringer subventioniert als beispielsweise der Straßenverkehr, wenn alle Kosten fairerweise mit einbezogen werden.

Konkret geht es im Schienenverkehr um fast 870 Mio. Euro an öffentlichen Geldern jährlich. Der Großteil davon, nämlich 80%, wird vom Verkehrsministerium bezahlt. Der Rest kommt von den Bundesländern, die das Angebot

des Bundes durch ihre regionalen Bedürfnisse ergänzen. Diese Gelder gehen an die ÖBB und zahlreiche weitere Privatbahnen wie Stern und Hafferl, die Badner Bahn oder die Salzburger Lokalbahn. Gelder, die dafür verwendet werden, den Verkehr auch in jenen Regionen günstig anbieten zu können, wo ein kostendeckender Betrieb nicht möglich ist. Ergänzt werden diese sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Verkehre“ durch Zugverbindungen auf denen Gewinn erwirtschaftet wird. Diese „eigenwirtschaftlichen Verkehre“ sind zumeist Städteverbindungen im Hochgeschwindigkeitsbereich, etwa die Strecke zwischen Wien und Salzburg.

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden in Österreich „direkt“ vergeben. Das bedeutet, dass ein Bahnunternehmen ohne vorherige Ausschreibung beauftragt wird. Die Vergabe erfolgt aber nach strengen Kriterien und muss vorab angekündigt werden. Eine klare, transparente und nachvollziehbare Bewertung der Abgeltung



„ DIE DIREKTVERGABE FÜHRT IN ÖSTERREICH ZUM BESTEN BAHNSYSTEM IN DER EUROPÄISCHEN UNION



\*DI Gregor Lahounik ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

(streckenbezogene Kosten- und Einnahmuzuordnung) im Sinne der EU-rechtlichen Vorgaben findet ebenso statt wie die Definition des Umfangs und der Qualität der zu erbringenden Leistungen. Ergänzt wird dies durch ein Bonus-Malus-System, bei dem die Abweichungen vom geforderten Leistungsumfang und den vereinbarten Qualitätskriterien sanktioniert werden.

### Mit dem derzeitigen System fährt Österreich gut

Das System der Direktvergabe hat sich bewährt und bewährt sich auch in anderen europäischen Ländern. 71 Prozent aller Personenverkehrsleistungen in Europa werden per Direktvergabe bestellt. Die Direktvergabe genießt auch innerhalb der Bevölkerung eine sehr hohe Akzeptanz. So wollen 87% der Wiener den öffentlichen Verkehr vor Privatisierung schützen (Wiener Volksbefragung 2013). Gleichmaßen unterstreichen die Bahnen und die Gewerkschaften in der Initiative „Bahn in Rot Weiß Rot“ (bahninrot-weissrot.at - siehe auch Aktion S31) die Performance und die Notwendigkeit des derzeitigen günstigen Systems. Dennoch wird dieses System gerade eben in Frage gestellt. Der Ruf nach mehr Wettbewerb und nach verpflichtenden Ausschreibungen wird lauter, obwohl sich die Ergebnisse der Direktvergabe durchaus sehen lassen können.

Für Österreich äußert sich das im besten Bahnsystem Europas. In keinem anderen EU-Land wird mehr Bahn gefahren als in Österreich. So fahren die Österreicher 1.427 km pro Person im Jahr, gefolgt von Frankreich mit 1.387 km. Die Paradebeispiele von „gelungenen“ Ausschreibungsregimes Deutschland und Groß-



NahverkehrskundInnen bitte warten!

### IM VERGLEICH

## INTERNATIONALE MONOPOLE UND SOZIALDUMPING

Werden Linien oder Netze ausgeschrieben, bieten vor allem internationale Bahnkonzerne um die Verkehrsaufträge mit. Den Markt dominieren wenige Unternehmen wie Keolis, Transdev, Arriva, Abellio und Netinera. Diese sind „milliardenschwere“ Tochterunternehmen von ausländischen Staatsunternehmen wie der DB (D), der SNCF (F), der CDC (F), der NS (NL) oder der Trenitalia (I). Auch an der in Österreich verkehrenden Westbahn AG hält die SNCF Anteile. Die Zahl der Bieter bei Ausschreibungen ist rückläufig, Tendenzen zur Monopolisierung sind bereits zu erkennen. Kauft man beispielsweise im liberalisierten Großbritannien Tickets von Thameslink, Gatwick Express, Grand Central, Chiltern Railways, Merseyrail, Scotrail, Greater Anglia, London Midland, DLR, Northern Rail, London Overground, Cross Country, Southern und Southeastern fließen die Gewinne der Unternehmen ins Ausland ab (<https://www.youtube.com/watch?v=gvagsSOIAy4>). Würde in Österreich ausgeschrieben werden, fielen Streckenlose auch an andere als

die 23 Österreichischen Unternehmen (wie ÖBB, STLB, GKB, Montafonerbahn, Stern und Hafferl, WLB, SLB). Gewinne dieser rot-weiß-roten Unternehmen können so nicht mehr ins Landes-, oder Bundesbudget überwiesen werden.

Bei Ausschreibungen ist der Preis ausschlaggebend. Will man hier das günstigste Angebot liefern, gibt es nur wenige Möglichkeiten, letztlich sind die Fahrzeugpreise für alle Anbieter nahezu ident. Ebenso zahlt jedes Unternehmen für die Schienenmaut und den Fahrstrom das Gleiche. Wichtigste „Stellschraube“ sind daher die Personalkosten. Am Bahnverkehr hängen 60.000 fair bezahlte Arbeitsplätze, gerade auch in strukturschwachen Regionen. Hier warnt der bereits ausgeschriebene Busbereich: Lohn- und Sozialdumping sind an der Tagesordnung, Beschäftigte werden miserabel entlohnt und das bei schlechter werdenden Arbeitsbedingungen. Liberalisierung und Ausschreibung führen zu Lohn- und Sozialdumping und ignorieren die regionalen Bedürfnisse.

### AK-Studie:

Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich, urn:nbn:at:at-akw:g-505834

## „DIE PRIVATE WESTBAHN AG SETZT AUF „BESSERE“ FAHRGÄSTE. FÜR SCHÜLERINNEN MIT TOP-JUGEND-TICKET UND PENDLERINNEN MIT VERBUNDKARTEN IST KEIN PLATZ.

britannien kommen auf 1.121 bzw. 1.020 km pro Person und Jahr. Unangefochtener Spitzenreiter am gesamten Kontinent ist dabei die Schweiz (2.449 km), ein Land, das im Bahnverkehr auf Kooperation und Direktvergabe setzt. Die versuchten Schweizerischen Ausschreibungen (etwa beim „Thurgo“) haben sich als Irrweg erwiesen und wurden zurückgenommen.

Gemäß einer Studie der unabhängigen Schienenregulatoren Europas liegt Österreich auch bei den Ticketpreisen mit seiner Direktvergabe im sensationellen Spitzenfeld der westeuropäischen Staaten. Deutschlands Ausschreibungsverfahren sind mit 9,1 Cent je Passagierkilometer teurer als die Österreichische Direktvergabe (8,0 Cent). Im europäischen Schnitt berappt man 10,7 Cent. Negativer Spitzenreiter, mit unglaublichen 19 Cent je Passagierkilometer, ist das völlig liberalisierte Großbritannien.

Österreichs BahnkundInnen sind, natürlich mit weiterem Verbesserungsbedarf, sehr zufrieden, jedenfalls rangieren unsere Bahnen immer im Spitzenfeld. Die Pünktlichkeit der Züge ist in Österreich auch wesentlich höher als im liberalisierten Deutschland.

Die Gegenüberstellung der KundInnenzufriedenheit (Eurobarometer 2012) und dem Liberalisierungsgrad (Liberalisierungsindex 2011) aller EU-Länder zeigt allgemein, dass die Behauptung, das Ende der Direktvergabe und weitere Liberalisierungen würden zu zufriedeneren KundInnen führen, schlicht falsch ist.

Das derzeitige österreichische System ist für die Fahrgäste einfach und komfortabel. Wer von Neusiedl am See nach Wien pendelt, kann jeden beliebigen Zug nehmen, unabhängig davon, ob Railjet, REX oder Schnellbahn und auch unabhängig davon, ob der Zug von der ÖBB oder der GYSEV geführt wird. Ganz selbstverständlich kann man auch mit einem Ticket der Wiener Linien in diesen Pendlerzug, etwa bei der Station „Grillgasse“ zusteigen. Es gilt auf allen Strecken: Ein Tarif und ein Fahrscheinsystem. In Österreich gibt es nur eine Bahn, die private Westbahn AG, bei der man mit VOR-PendlerInnentickets oder Top-Jugend-SchülerInnentickets nicht mitfahren darf.

### Keine automatischen Einsparungen durch Liberalisierung und Ausschreibung

Bei den Belastungen für den öffentlichen Haushalt zeigt sich europaweit ein sehr einheitliches Bild. Aufgrund der lückenhaften Datenlage sind eindeutige Rückschlüsse auf die Belastungen für die SteuerzahlerInnen nicht seriös darzustellen. Strittig dabei

ist vor allem die Höhe der Mehrkosten, die in anderen Bereichen anfallen, etwa gestiegenen Kosten für die Arbeitslosenversicherung durch Massenentlassungen, geringere Nachfrage aufgrund gesunkener Löhne, Kosten der Beteiligung an einer Ausschreibung, Kosten der Durchführung einer Ausschreibung uvm. Eine Studie des Instituts für Kommunale Wissenschaften in Linz geht von einem durchschnittlichen Gesamtkostenanstieg von ca. 13,5 % aus. Die Transaktionskosten würden dabei 33% der Gesamtkosten ausmachen.

Zum Teil können aber durchaus Effizienzsteigerungen festgestellt werden. Die Studie „20 Jahre Bahnreform und Deutsche Bahn“ stellt für Deutschland fest, dass die Bestellerentgelte pro Personenkilometer verringert werden konnten. Im gleichen Zeitraum stiegen aber in Deutschland die Kosten für einen gefahrenen Zugkilometer.

Allgemein ist in Deutschland festzustellen, dass die Zahl der Anbieter stark rückläufig ist. Es ist mitunter schwierig, ausreichende Angebote einholen zu können. Zudem zeigt Großbritannien, dass eine Liberalisierung oft nur am Anfang Einsparungen bringt und letztlich das Gesamtsystem viel teurer wird. Mittlerweile zählen die britischen Bahnen zu den teuersten in ganz Europa. Wenig verwunderlich daher, dass bereits 2011 eine Studie zu dem Schluss kam, dass durch die Liberalisierung weder die Kosten des Systems noch die staatlichen Subventionen gesenkt werden konnten.

Alles in Allem sind Ausschreibungen im Schienenverkehr wohl nicht in der Lage das bewährte Österreichische System adäquat zu ersetzen. Weder werden damit automatisch Steuergelder gespart, noch sind die KundInnen zufriedener. Es ist zu befürchten, dass Ausschreibungen langfristig teurer sind, dass Vorzeigeunternehmen im Besitz der Republik oder der Bundesländer fahrlässig gefährdet werden und dass die Liberalisierung noch stärker dazu führt, dass PendlerInnen und SchülerInnen nicht mehr „gut genug“ zum Mitnehmen sind. □

### Direktvergabe muss erhalten bleiben

- Sie ist eine Erfolgsgeschichte in ganz Europa
- Sie verhindert Lohn- und Sozialdumping
- Sie verhindert das Verschleudern von Volksvermögen ins Ausland
- Sie sichert die Mobilität von 600.000 täglichen Reisenden zu fairen Preisen

### Unser Standpunkt



# Aktion



## BUCH Staat im Ausverkauf

Schulen, Bahn und Krankenhäuser: Die Daseinsvorsorge unter dem Hammer. Staat im Ausverkauf“ von Tim Engartner, (ISBN-978-3-593-50612-8, 268 Seiten, Campus Verlag

Dass auch „dieses Buch die Privatisierung nicht stoppen wird“, ist wohl die ernüchterndste Eingangsthese im neuesten Werk von Tim Engartner „Staat im Ausverkauf – Privatisierung in Deutschland“. Anschaulich erörtert wird diese These anhand des dargestellten finanziellen und personellen „Überhangs“ der Lobbyisten des freien Marktes und anhand deren simplen, aber erfolgreichen Strategien zur Unterwanderung der staatlichen Institutionen. Alles in Allem zeigen die zahlreichen Sektorenuntersuchungen (wie Verkehr, Gesundheit, Post, Bundeswehr, Bildung, Altersvorsorge), dass Privatisierungen ein wahrer Kostentreiber zu Lasten der SteuerzahlerInnen, der Beschäftigten, der Daseinsvorsorge und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind. Als primäre Ursache

sieht der Autor die Unterfinanzierung des Systems. Keinesfalls sollte daher der Weg weiter gegangen werden, ineffiziente und ineffektive Privatisierungen als Allheilmittel anzupreisen. **GL**



## STUDIE Menschenrechte ohne Grenzen

Wenn Menschen-, Arbeitsrechte und Umwelt durch wirtschaftliche Aktivitäten im Ausland gefährdet sind, stehen auch Unternehmen mit Sitz in Österreich und Europa in der Pflicht. Entweder sie produzieren selbst unter fragwürdigen Bedingungen oder kaufen Produkte von Zulieferern ein, die mit menschenrechtswidrigen Praktiken arbeiten. Aktuell haben diese Konzerne keine rechtlichen Nachteile, auch in Österreich wird immer noch auf Freiwilligkeit gesetzt. Die Broschüre des Netzwerkes Soziale Verantwortung bringt einen Überblick und Empfehlungen zu rechtlichen Veränderungen, gewerkschaftlichen und zivilen Aktionen. [https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Menschenrechte\\_ohne\\_Grenzen.pdf](https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Menschenrechte_ohne_Grenzen.pdf) **SL**



Eine sehr begrüßenswerte Initiative, die jeder unterstützen kann – JA zur Bahn!

## INITIATIVE Sag ja zur Bahn in rotweißrot!

Die gemeinsame Plattform der Gewerkschaft vida und des WKO Fachverbandes der Schienenbahnen setzt sich dafür ein, dass die österreichischen Bahnen nicht durch den Zwang zu europaweiten Ausschreibungen für den Nah- und Regionalverkehr zerstört werden.

Die Kampagne wird nicht nur von den Bahnen und Verkehrsunternehmen, der Bundesarbeitskammer, Kommunen und NGOs unterstützt, sondern auch von vielen Fahrgästen und Beschäftigten. Hinter der Initiative steht die Sorge, dass es aktuelle politische Bestrebungen in Österreich gibt, die EU-rechtliche Möglichkeit der direkten Vergabe von Verkehrsdiensten in Österreich gesetzlich zu verbieten. Damit müsste der gesamte Nah- und Regionalverkehr auf der Schiene europaweit ausgeschrieben werden und könnten die großen ausländischen Bahnen mit Steuergeld finanzierte Zugverbindungen bedienen. Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie das österreichische Bahnsystem und die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Österreich: [www.bahninrotweissrot.at](http://www.bahninrotweissrot.at) **SL**



## Web-Tipp: <https://www.biorama.eu>

Auf Biorama.eu - dem Magazin für nachhaltigen Lebensstil – kann man online nachlesen, was jeder einzelne beitragen kann um die langfristigen globalen Ziele umzusetzen.

# DAS LEISTET DEINE ARBEITER- KAMMER



DATEN & ZAHLEN 2016 ZU DEN LEISTUNGEN & ERFOLGEN

www.studioback.at

## 2 Millionen Beratungen

gab es dieses Jahr von den Experten für unsere Mitglieder. Hier die wichtigsten Themen & Beratungsarten:



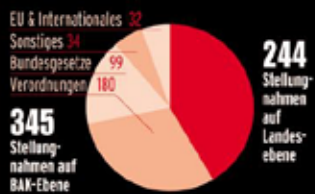
## 2609 Expertinnen & Experten

stehen mit Rat und Tat zur Seite.

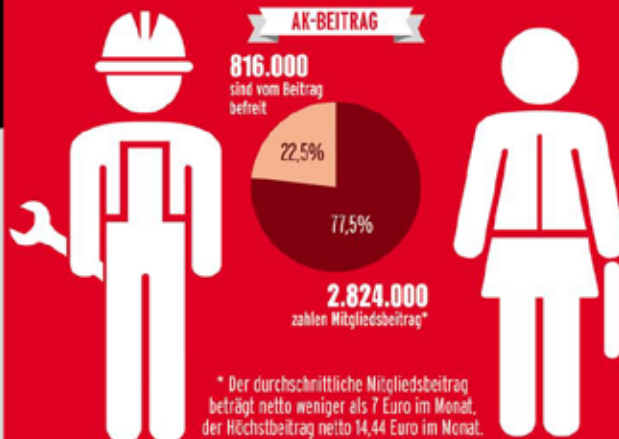
Das entspricht ca. 1400 Mitgliedern pro AK Beschäftigten.



## 589 Begut- achtungen § von Verordnungen und Gesetzen



## 3.640.000 MITGLIEDER vertreten wir Tag für Tag!

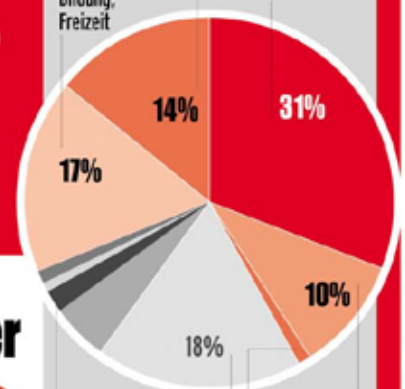


## AK Beiträge

2016  
**432,6 Mio. €**

Diese wurden eingesetzt für:

Wirtschaft, Umwelt, und Konsumenten-schutz  
Rechte und Sozialbereich  
Kultur, Bildung, Freizeit



1% Selbstverwaltung  
1% Umlageeinhebung  
2% BAK Kosten  
5% Förderungen  
Vorsorge für Leistungen  
Information, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation  
1% Fach-ausschüsse

## 63.268 Bildungsgutscheine



Ausbezahlt: 4,6 Millionen €

## 532 Millionen € für die Mitglieder

... nach Pleiten (Insolvenzrecht), bei Problemen am Arbeitsplatz, in Pensionsfragen (Sozialrecht), in Steuerfragen und für KonsumentInnen herausgeholt.



Sie haben Rechte.  
Wir helfen, dass Sie auch zu  
Ihrem Recht kommen!

www.arbeiterkammer.at

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



ÖSTERREICH

Julius-Klostermayer - 800, April 2016 / G&A, J&P, C&B, A&C, G&S & M&S, G&S  
Foto: C. BUCHNER, T. THORNER & S. SCHNEIDER - FOTODIENST / A&P, T&P, T&P, T&P

# Medien



## BUCH

### Reclaiming Public Services

Hrsg: Transnational Institut (TNI),  
Gratis-Download: [https://www.tni.org/files/publication-downloads/reclaiming\\_public\\_services.pdf](https://www.tni.org/files/publication-downloads/reclaiming_public_services.pdf)

Die Europäische Union setzt seit Jahrzehnten auf die Liberalisierung und Deregulierung von öffentlichen Dienstleistungen. Die zivilgesellschaftliche Initiative „right2water“ konnte sich erfolgreich gegen ihr Vorhaben, die Liberalisierung von Wasser in der Konzessionsrichtlinie festzuschreiben, durchsetzen. Seit einigen Jahren entwickelt sich aber ein Gegentrend zu Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge: Rekommunalisierung. Wasser, Energie, Abfallentsorgung, Soziale Dienstleistungen sind nur einige der betroffenen Branchen. Immer mehr Gemeinden nehmen somit die Versorgung von öffentlichen Dienstleistungen wieder selbst in ihre Verantwortung. Weltweit sind in den letzten 15 Jahren über 800 Rekommunalisierungsfälle in 1600 Städten und Gemeinden und 45 Ländern gesammelt worden. Was kann dies für die Zukunft der Daseinsvorsorge sowie die politischen Entwicklungen heißen? Was bedeutet Rekommunalisierung für die ArbeiternehmerInnen? Das lesen Sie in diesem Buch. **SI**

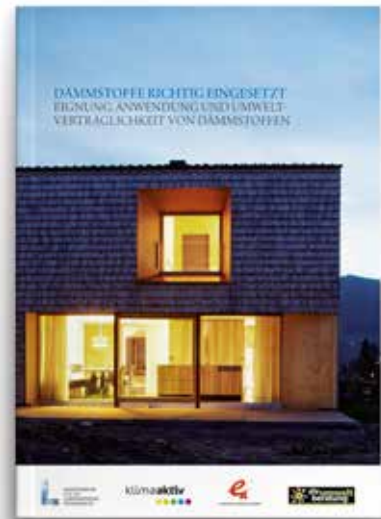


## BUCH

### Das Wunder von Mals von Andreas Schiebel

Der Untertitel „Wie ein Dorf der Agrarindustrie die Stirn bietet“ ist Programm. In einem kleinen Dorf in Südtirol wehren sich die Menschen gegen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.

Die konventionellen Apfelplantagen in Südtirol, die ohne Pestizide nicht auskommen, verpesteten die Luft und gefährden die Zukunft ihrer Kinder. Die Menschen im Dorf Mals möchten diese Entwicklung in ihrem Tal verhindern. Dabei sind sie auf lokaler Ebene erfolgreich. Ermöglicht wird dies durch den unermüdlichen Einsatz vieler Menschen im Dorf. Selbst der Bürgermeister unterstützt die Forderung der Bürgerbewegung. Den Menschen im Dorf liegt eine pestizidfreie Zukunft am Herzen. Andreas Schiebel beschreibt, wie dies alles gelungen ist und wie die Landespolitik und Obstbauern den Gemeinderatsbeschluss verhindern möchten. Nicht zu kurz kommt dabei seine persönliche Betroffenheit und Ausführungen zu eigenen Recherchen betreffend der Auswirkungen von Pestizideinsatz in der Landwirtschaft für Mensch und Umwelt. **SI**



## TIPP: BUCH

Auf 224 Seiten wirft die vierfache Mutter und Betriebswirtschaftsprofessorin Evi Hartmann mit „Wieviele Sklaven halten Sie?“ (Campus Verlag) Fragen nach der Sinnhaftigkeit der Globalisierung und den Folgen für alle auf. Sie zeigt, dass im Alltag verantwortungsvolles Handeln möglich ist. **EML**



## BROSCHÜRE

### Dämmstoffe richtig eingesetzt

Broschüre der Umweltberatung zu Eignung, Anwendung und Umweltverträglichkeit von Dämmstoffen, Kostenloser Download und Bestellung um Versandkosten: [www.umweltberatung.at/daemmstoffe-richtig-eingesetzt](http://www.umweltberatung.at/daemmstoffe-richtig-eingesetzt)

Wärmedämmung ist eine Investition für die nächsten 30 Jahre, daher ist umfangreiche, firmenunabhängige Information entscheidend. Die Broschüre „Dämmstoffe richtig eingesetzt“ beschreibt die Unterschiede zwischen Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen und solchen auf mineralischer und synthetischer Basis. Sie geht auf Herstellung, Materialeigenschaften, Einsatzbereiche, Verarbeitung und Recyclingfähigkeit der Produkte ein und beleuchtet ökologische und gesundheitliche Aspekte. Damit erleichtert die Broschüre die Entscheidung für eine ökologische Alternative am Bau.



## Online-Tipp: Globale Umsetzung

Wie es international mit der Umsetzung der sog. SDGs steht, kann man auf der Seite von ODI nachverfolgen - siehe: <https://www.odi.org/publications/9895-projecting-progress-reaching-sdgs-2030>



Der „richtige“ Verbrauchswert von neuen Pkw ist ein Dauerbrenner. Zu groß ist die Kluft zwischen Prospekt und Realität. Das Umweltbundesamt hat für die AK Wien erneut den wirklichen Spritverbrauch erhoben. Nüchternes Fazit: Die Täuschung von Umwelt und VerbraucherInnen hat zugenommen. **VON FRANZ GREIL**

## Pkw-Abgase: Kluft wird immer größer



**Holger Heinfellner,  
Günther Lichtblau,  
Barbara Schodl:**

Zwischen Norm- und Realverbrauch. Was hat sich in Österreich seit 2015 bei neuen Pkw geändert? Informationen zur Umweltpolitik, 193. AK Wien, 2017

**A**bgaswerte sind für die Auto- und Autokäuferinnen wichtige Kaufargumente. Unrealistische Angaben bei Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bedeuten: Der Spritverbrauch liegt im Realbetrieb weit höher als es die Hersteller angeben. Seit Jahren wird über diese zunehmende Kluft diskutiert. Die AK hat dazu im Jahr 2015 eine Studie beauftragt und wollte wissen, ob die Autoindustrie daraus gelernt hat.

Hierfür wurden die 30 neuzulassungstärksten Fahrzeug-

modelle in Österreich der Jahre 2014 bis 2016 für die Studie erfasst. Die vom Hersteller angegebenen CO<sub>2</sub>-Emissionen laut Typprüfung wurden fast ausschließlich aus veröffentlichtem Informationsmaterial (Kataloge, Preislisten, technische Daten etc.) entnommen. Anschließend wurde zu jedem Fahrzeugmodell in der Datenbank [www.spritmonitor.de](http://www.spritmonitor.de) ein durchschnittlicher realer Kraftstoffverbrauch in Litern je 100 Kilometer ermittelt und in einen Emissionsfaktor CO<sub>2</sub>

in Gramm pro Kilometer umgerechnet. Als Ergänzung zu den Pkw mit Verbrennungsmotoren wurden gesondert hybridelektromotoren Pkw erfasst, weil dieses kleine, aber ständig wachsende Pkw-Segment große Erwartungen bei Verbrauch und Umweltfreundlichkeit weckt.

Bis 2014 lagen CO<sub>2</sub>-Werte im Realverbrauch bei Pkw im Schnitt um über 30 Prozent über den Herstellerangaben. Bei einzelnen Modellen wie etwa dem Citroen C4 Picasso waren

## AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

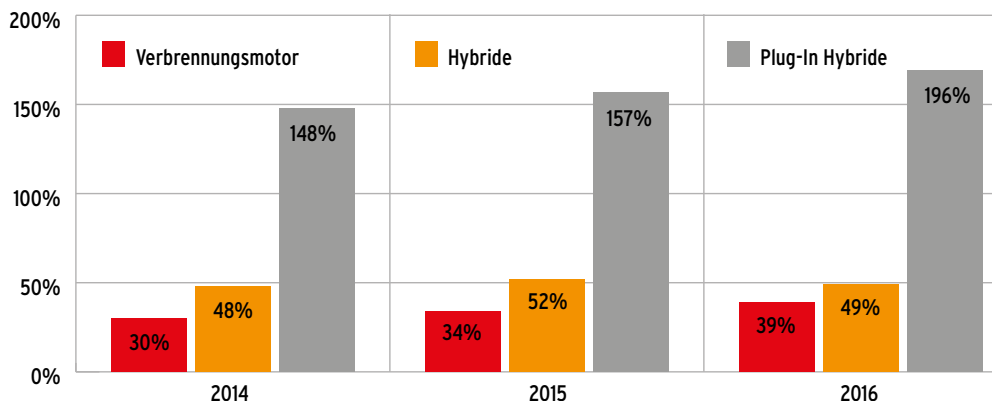
Bestellung als Hardcopy unter [wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at)

- 44 Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen:** Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 Die Lkw-Maut als Öko-Steuer** Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase. Tagungsband, 2012
- 46 BerufslenkerInnen am Wort** Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012
- 47 Aktiv und selbstbestimmt zur Arbeit** Warum der Arbeitsweg zu Fuß und mit dem Rad die gesündere Alternative ist, was am Arbeitsweg besonders Stress macht und wie subjektive Aspekte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen. Johanna Schaupp. Studie, 2012
- 48 Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenmautgesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich,** 2013
- 51 Wettbewerb im österreichischen Güterverkehrsmarkt** Konstellationen zwischen Straße und Schiene. Ronald Scheucher; 2014
- 52 Modal Split im Güterverkehr** Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Max Herry, Norbert Sedlacek; 2014
- 53 Analyse der Erfahrungen mit dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz im Eisenbahnwesen** Studie und Rechtsgutachten, 2014
- 54 Unterwegs zwischen Erwerbs- und Familienarbeit** Eine Analyse in den niederösterreichischen Regionen Triestingtal und Schneebergland, 2014
- 55 Flächendeckende Lkw-Maut und Nahversorgung.** Auswirkungen einer flächendeckenden Lkw-Maut auf Lebensmittelpreise und den ländlichen Raum. Studie, 2015
- 56 Pendeln in der Ostregion.** Potenziale für die Bahn. Tadej Brezina, Thomas Hader, Evelyn Eder, 2015
- 57 Penderanalyse Wien und Ostregion.** Zahlen und Fakten auf Basis der Vollerhebung 2014. Odilo Seisser, 2016
- 58 Zukunftsfähige Straßeninfrastruktur.** Kosten und Lösungen für baufällige Landes- und Gemeindestraßen. Josef Baum, Johann Litzka, Alfred Weninger-Vycudil, 2016
- 59 Rechtssetzung durch Private im Eisenbahnrecht** Rechtswissenschaftliche Studie. Konrad Lachmayer 2016
- 60 Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität** Astrid Segert, Studie 2017

**Grenzenlose Mobilität - Grenzenlose Ausbeutung.** Arbeitsbedingungen in Europas Transportwirtschaft. Studie, 2016

## Abweichungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Realbetrieb ggü. den Herstellerangaben

am Beispiel der am häufigsten neuzugelassenen HEV- und PHEV-Modelle in Österreich



**„AUTO-ABGASWERTE: HERSTELLERANGABEN BEI DIESEL- UND BENZIN-PKW WERDEN IMMER UNGENAUER. WER EINEN HYBRID KAUF, WIRD SOGAR NOCH MEHR GETÄUSCHT.“**

es sogar über 46 Prozent. Zwei Jahre später ist die Abweichung im Durchschnitt auf über 39 Prozent angewachsen, beim Audi A4 8W sogar um über 58 Prozent. Große Abweichungen von durchschnittlich 43 Prozent stellte das Umweltbundesamt bei Dieselfahrzeugen fest. Bei Hybridfahrzeugen waren die

Abweichungen sogar dramatisch höher als bei Autos mit Verbrennungsmotoren: Um 54 Prozent bei Hybridfahrzeugen (Toyota Yaris 1,5), um sogar über 147 Prozent bei sogenannten „Plug-in-Hybriden“ (BMW X5 XDrive 40 E F15), die auch per Stromtankstelle aufgetankt werden können.

Fazit: Ein Auto, das auf 100 Kilometern laut Herstellerangaben rund 4 Liter Diesel verbraucht, benötigt demnach im Realbetrieb 5,7 Liter Diesel und damit im Jahr durchschnittlich um rund 194 Euro mehr an Spritkosten. Bezogen auf eine Behaltdauer von 10 Jahren, werden hier knapp 2000 € beim Verkauf „unterschla-

gen“. Mit dem neuen EU-weiten Prüfverfahren WLTC muss zwar realistischer getestet werden. Nach wie vor aber müssen diese Testergebnisse (RDE/Real Driving Emission Tests) bei CO<sub>2</sub> den AutofahrerInnen nicht zwingend mitgeteilt werden. Bislang ist nur die Veröffentlichung der Laborergebnisse Pflicht. Diese sind mit realen Bedingungen auf der Straße oft nicht vergleichbar. Wie eine verbraucherfreundliche Reaktion aussehen kann, hat bislang nur der PSA-Konzern (Peugeot/Citroen/DS) vorgemacht: Dort werden die Ergebnisse der realistischen Verbrauchs- und Abgastests auf der Straße und im Labor allen Interessierten im Internet zugänglich gemacht. Dies sollte aus AK-Sicht für alle verpflichtend sein.

Die Studie zeigt aber auch Verbesserungsbedarf beim Prüfverfahren auf. Für Hybridmotoren braucht es eigene Prüfkriterien, die auch den Abgasausstoß im Realverbrauch leicht nachvollziehbar wiedergeben. Ohne öffentlichen Druck wird das aber nicht gehen. **FG**

PDF-Download [www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

## AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

- |  |   |   |  |
|--|---|---|--|
| <p><b>175</b> Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr 2007</p> <p><b>176</b> Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsbereich Tagungsband, 2008</p> <p><b>177</b> Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments Tagungsband, 2008</p> <p><b>178</b> Werner Hochreiter (Hrsg.) Die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie in Österreich Tagungsband, 2008</p> <p><b>179</b> Feinstaubproblem Baumaschine Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009</p> <p><b>180</b> Werner Hochreiter (Hrsg.) Mehrweg hat Zukunft! Lösungsszenarien für Österreich im</p> | <p>internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010</p> <p><b>181</b> Thomas Thaler Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand. England/Wales, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010</p> <p><b>182</b> Werner Hochreiter (Hrsg.) Aktionsplanung gegen Straßenlärm - wie geht es weiter? Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele</p> <p><b>183</b> Christoph Streissler (Hrsg.) Agrotreibstoffe - Lösung oder Problem? Potenziale, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010</p> <p><b>184</b> Lkw-Tempolimits und Emissionen: Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011</p> | <p><b>185</b> Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen. Studie, 2011</p> <p><b>186</b> Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale. Studie, 2012</p> <p><b>187</b> Die Zukunft der Wasserversorgung. Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013</p> <p><b>188</b> Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen Tagungsbericht, 2013</p> <p><b>189</b> Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner: Pkw-Emissionen zwischen Norm- und Realverbrauch. Studie, 2015</p> <p><b>189a</b> Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau,</p> | <p>Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner: Passenger Car Emissions: Standard and Real-World Fuel Consumption. Study on behalf of the Vienna Chamber of Labour. Studie, 2016</p> <p><b>190</b> Konrad Lachmayer: Demokratische Analyse der privaten Rechtssetzung im Umweltrecht am Beispiel der Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL). Studie, 2016</p> <p><b>191</b> Jana Flemming, Ulrich Brand: Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik. Studie, 2017</p> <p><b>192</b> Werner Hochreiter (Hrsg.): 15 Jahre Aarhus-Konvention, Tagungsband, 2017</p> <p><b>193</b> Zwischen Norm- und Realverbrauch - Was hat sich in Österreich seit 2015 bei neuen PKW verändert? Holger Heinfellner, Günther Lichtblau, Barbara Schodl, 2017</p> |
|--|---|---|--|

# Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



## HANDYS UND SMARTPHONES

Nachhaltig statt kurzlebig: Handys und Smartphones sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. In dieser Broschüre finden Sie hilfreiche Kaufüberlegungen und eine ganze Reihe von Einsparungsmöglichkeiten auch bei der Wahl von Tarif und Anbieter. Dazu Tipps für eine längere Handy-Lebensdauer, die Ihre Geldbörse aber auch die Mülldeponien entlasten.



## LEBENSMITTEL- ZUSATZSTOFFE

Die Bedeutung der Zusatzstoffe in den Lebensmitteln nimmt mit der steigenden Technisierung der Lebensmittelproduktion zu. Das löst bei vielen KonsumentInnen Bedenken und den Wunsch aus, über diese Stoffe genauer informiert zu werden.



## LEITFADEN DURCH DEN ZEICHENSCHUNDEL

Im Lebensmittelbereich werden unzählige Marken- und Gütezeichen verwendet. Vielfach sind die KonsumentInnen mit der Beurteilung derartiger Zeichen überfordert, auch weil die Kriterien dahinter nicht bekannt sind. Der Leitfaden erklärt, was die Zeichen wirklich aussagen.



## BÜRO UND UMWELT

Der umweltfreundliche Arbeitsplatz: Energie besser nutzen, nachhaltige Büromaterialien verwenden, gesünder essen oder spritsparender zur Arbeit fahren. In dieser Broschüre finden Sie und Ihre KollegInnen hilfreiche Tipps und Infos für ein gesundes Arbeitsumfeld.



## FAIR UND UMWELTGERECHT EINKAUFEN

Der AK Branchen- und Dienstleistungsführer hilft nach Bundesländern und Branchen geordnet bei der Suche nach sozial- und umweltgerechten Betrieben mit fairen Arbeitsbedingungen. Von Reparatur über Spielzeug und Reinigung bis zu Restaurants.



## LEBENSMITTEL- KENNZEICHEN

Die aktualisierte Broschüre bietet KonsumentInnen einen fundierten Überblick über die rechtlichen Grundlagen und allgemeinen Vorgaben zur Lebensmittelkennzeichnung, die verpflichtenden Kennzeichnungselemente und was diese bedeuten.